

## Inhaltsverzeichnis

### H+ - DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ

Mehr Geld für Zentrums- und Regionalspitäler gewünscht

 Medinside | 05.10.2021

Bevölkerungsmehrheit wünscht sich ein Spital in jeder Region

 blick.ch (de) | 06.10.2021

Corona stärkt Glaubwürdigkeit der Spitäler – Sorge um Personalmangel

 tagesanzeiger.ch | 05.10.2021

H+ Spital- und Klinik-Barometer 2021: Gute Noten für die Spitäler und Kliniken in der COVID-19-Krise

 finanznachrichten.de | 05.10.2021

Bevölkerung will in jeder Region ein Spital

 Linth-Zeitung | 06.10.2021

Initiative soll den Pflegenotstand beheben

 Südostschweiz Bündner Zeitung | 07.10.2021

Pflegeinitiative: Befürworter legen ihr Argumente dar

 nau.ch | 07.10.2021

Mit der Pflege-Initiative gegen eine «unhaltbare Situation»

 Radio SRF 4 News | 06.10.2021

Widerstand gegen die Pflegeinitiative

 Medienecho | 07.10.2021

### H+ - PFLEGEINITIATIVE / INDIREKTER GEGENVORSCHLAG

Se il paziente da salvare è il personale sanitario

 Corriere del Ticino | 07.10.2021

Un "sì" per cure migliori

 RSI La 1 | 06.10.2021

Initiative soll den Pflegenotstand beheben

 Südostschweiz Bündner Zeitung | 07.10.2021

Unterstützung für Pflegepersonal: Ja zur Pflegeinitiative

 Tele Bärn | 07.10.2021

Pflegeinitiative: Befürworter legen ihr Argumente dar

 nau.ch | 07.10.2021

Mit der Pflege-Initiative gegen eine «unhaltbare Situation»

 Radio SRF 4 News | 06.10.2021

Widerstand gegen die Pflegeinitiative

 Medienecho | 07.10.2021

La campagne pour des soins infirmiers forts est lancée

 Medienecho | 06.10.2021



# Mehr Geld für Zentrums- und Regionalspitäler gewünscht

 Medinside | 05.10.2021

Spitäler und Kliniken erhalten von den Stimmberechtigten im «H+ Barometer 2021» viel Lob. Doch es gibt auch Schwächen, Bedenken und Wünsche.

«Die Spitäler und Kliniken funktionieren in Pandemie-Zeiten gut» – so lautet der Tenor im [H+ Spital- und Klinik-Barometer 2021](#). Konkret: Für 63 Prozent der befragten Stimmberechtigten funktionieren die Spitäler bei der Bewältigung der Krise eher gut, für weitere 21 Prozent sehr gut. Rund zwei Drittel (68%) geben an, dass sich ihr Eindruck bezüglich der Spitäler und Kliniken durch die Krise positiv verändert hat.

## 2. Platz für die Pharmaindustrie

88 Prozent der Befragten halten den Beitrag der Spitäler und Kliniken zur Bewältigung der Covid-19-Krise für sehr wichtig, 12 Prozent für wichtig. Nur die Rollen der Pharmaindustrie (80% sehr wichtig) und der Wissenschaft (71% sehr wichtig) werden als ähnlich wichtig bewertet, gefolgt von den Apotheken, Hausärzten, dem Bundesrat, dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) und den Kantonsregierungen.

Als weniger wichtig beurteilen die befragten Stimmberechtigten die Leistungsausweise des Schweizer Parlaments, der Wirtschaftsverbände, der Krankenversicherer und der Armee, gefolgt von den Medien, die den letzten Rang belegen.

## Marschhalt bei den Sparmassnahmen?

Als Stärken der Spitäler und Kliniken, die durch die Krise zum Vorschein getreten sind, loben die befragten Stimmberechtigten die funktionierende Infrastruktur und Organisation, die hohe Kompetenz und Professionalität, die Einsatzbereitschaft des Personals sowie die hohe Qualität. Als Schwächen stufen sie die Knappheit von medizinischer und technischer (Schutz-)Ausrüstung und den Mangel an Personal sowie Betten ein.

Gespalten sind die Befragten in der Frage, welche Lehren aus der Covid-19-Krise zu ziehen sind; sprich, ob es einen Marschhalt bei den Sparmassnahmen geben soll (46%) oder ob die Spitäler und Kliniken auch weiterhin von Sparanstrengungen nicht verschont bleiben sollen (48%).

## Tarmed: Befragte erkennen Probleme

Einer Mehrheit der Befragten ist es wichtig, dass bei der Vergütung medizinischer Leistungen nicht nur Quantität, sondern auch Qualität mitberücksichtigt wird (48% eher wichtig, 9% sehr wichtig).

Eine Mehrheit findet es problematisch, dass gemäss aktuellem Arzttarif Tarmed einzelne Leistungserbringer für die gleiche Gesamtleistung mehr Einzelleistungen verrechnen als andere (48% eher problematisch, 13% sehr problematisch).

Eine relative Mehrheit präferiert als Konsequenz davon die Einführung von Pauschalen auch im ambulanten Bereich (38% eher sinnvoll, 6% sinnvoll). 30 Prozent der Befragten haben sich zur Thematik aber noch keine Meinung gebildet, und weitere 11 Prozent wollen sich zum Thema nicht äussern.

## Zentrums- und Regionalspitäler finanziell stärken

Auch 2021 sind die Befragten grösstenteils mit der bestehenden Mittelverteilung einverstanden. Jedoch würden sie neuerdings für ambulante Spitalleistungen, Zentrums- und Regionalspitäler mehr Geld ausgeben. Bisher standen immer die Kinder- und Altersmedizin an erster Stelle. Die Einschätzung von 2019, wonach hohe Qualität nur noch für eine Minderheit ein legitimer Grund für hohe Gesundheitskosten ist, hat sich 2021 bestätigt. Die Befürchtung, dass Kostendruck zu Qualitätsabbau führt, ist schwächer geworden.

## Der Wunsch: In jeder Region ein Spital

Die Mehrheit wünscht sich auch 2021 in jeder Region ein Spital oder eine Klinik. Der Wunsch nach einer Zentralisierung der Spitzenmedizin hat sich aber ebenfalls verstärkt. Ein Angebot in ihrer Nähe wünschen die Befragten auf jeden Fall bei Notfällen und vermehrt auch für mehrmals wöchentlich wiederkehrende ambulante Behandlungen sowie Geburten.

Bei mehrwöchigen stationären Behandlungen, für eine Rehabilitation oder in der Psychiatrie, sowie bei einmaligen chirurgischen, vor allem spezialisierten Eingriffen, akzeptieren sie auch weitere Anfahrtswege. Grundsätzlich gilt auch 2021: Die Schweizer Stimmberechtigten wünschen zwar mehrheitlich in jeder Region ein Spital oder eine Klinik, aber nicht zwingend mit einem Vollangebot.

### Hintergrundinformationen zur Befragung

Die Ergebnisse des H+ Spital- und Klinik-Barometers 2021 basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1200 Stimmberechtigten aus der ganzen Schweiz, welche [gfs.bern](https://www.gfs.bern.ch/) im Auftrag von H+ durchgeführt hat. Die Befragung wurde zwischen dem 6. und dem 31. Mai 2021 mit Face-to-Face-Interviews realisiert. Seit 2014 handelt es sich um die siebte Erhebung im Rahmen des H+ Spital- und Klinik-Barometers, die seit 2019 alle zwei Jahre stattfindet.

Zum Klinik-Barometer geht es [hier](#).

## 5.2. Verteilung der Finanzen

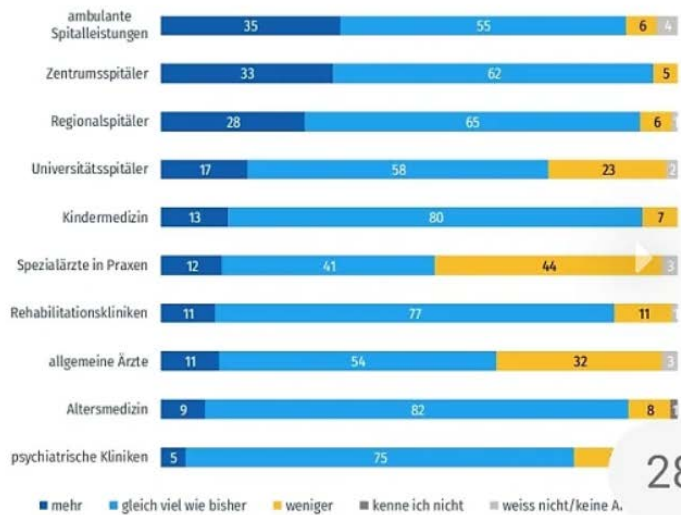
Grafik 19

### Verteilung Finanzen

"Nehmen wir an, Sie könnten im Gesundheitswesen selbst über die Verteilung der Finanzen entscheiden. Allerdings müssten Sie dabei mit den vorhandenen Mitteln auskommen. Wo würden Sie weniger, wo etwa gleichviel wie heute, wo mehr einsetzen? Wenn Sie einen der folgenden Bereiche nicht kennen, sagen Sie mir das bitte."

in % Stimmberechtigter

© gfs.bern, H+ Spital- und Klinik-Barometer, Mai 2021, (N = 1200)



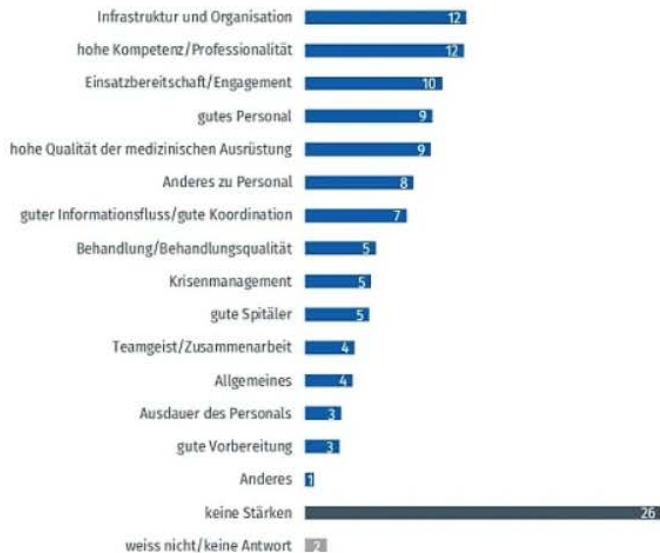
28

Grafik 2

## Stärken Spitäler während COVID-19-Krise

"Eine Gesundheitskrise wie die COVID-19-Pandemie bringt Stärken und Schwächen einer Gesundheitsversorgung zum Vorschein. Wenn Sie nur an die Schweizer Spitäler denken: Welche Stärken wurden sichtbar?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, H+ Spital- und Klinik-Barometer, Mai 2021, (N = 1200)

11

Die Befragten nennen konkret auch die funktionierende Infrastruktur und Organisation, die hohe Kompetenz und Professionalität, die Einsatzbereitschaft, das Engagement des Personals sowie die hohe Qualität als Stärken der Gesundheitsversorgung, die durch die Krise zum Vorschein getreten sind.

Grafik 3

## Schwächen Spitäler während COVID-19-Krise

"Eine Gesundheitskrise wie die COVID-19-Pandemie bringt Stärken und Schwächen einer Gesundheitsversorgung zum Vorschein. Wenn Sie nur an die Schweizer Spitäler denken: Und welche Schwächen wurden sichtbar?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, H+ Spital- und Klinik-Barometer, Mai 2021, (N = 1200)

Es haben sich aus Sicht der Befragten jedoch auch Schwächen gezeigt, insbesondere bei der Knappheit von medizinischer und technischer (Schutz-)Ausrüstung, beim Personalmangel und hinsichtlich der Bettenknappheit.

# Bevölkerungsmehrheit wünscht sich ein Spital in jeder Region

 [blick.ch \(de\)](https://www.blick.ch/de) | 06.10.2021

Ein Spital in jeder Region, zumindest für Notfälle und wiederkehrende ambulante Behandlungen: das wünscht sich die Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung laut Umfrage des Spitalverbandes H+. Für ein Vollangebot oder für Spitzenmedizin reichen Zentrumsspitäler.

Die Mehrheit wünscht sich auch 2021 in jeder Region ein Spital oder eine Klinik, wie es in einer Mitteilung von H+/Schweizer Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen vom Dienstag heisst. Neuerdings würden die Befragten mehr Geld ausgeben für ambulante Spitalleistungen, Regional- und Zentrumsspitäler und weniger für Kinder- und Altersmedizin.

Gute Noten erhalten die Spitäler für ihre Rolle bei der Bewältigung der Covid-19-Krise. Für 63 Prozent der befragten Stimmberechtigten funktionieren die Spitäler demnach eher gut, für 21 Prozent sehr gut. Rund zwei Drittel gaben an, dass sich ihr Eindruck von den Spitälern und Kliniken durch die Krise positiv verändert habe.

88 Prozent der Befragten halten den Beitrag der Spitäler und Kliniken zur Bewältigung der Corona-Pandemie für sehr wichtig. Die Rolle der Pharmaindustrie und der Wissenschaft wird mit 80 Prozent beziehungsweise 71 Prozent als ähnlich wichtig bewertet.

Als Stärken der Spitäler und Kliniken, die durch die Krise zum Vorschein gekommen seien, nennen die befragten Stimmberechtigten die funktionierende Infrastruktur und Organisation, die hohe Kompetenz und Professionalität, die Einsatzbereitschaft des Personals sowie die hohe Qualität. Als Schwächen stufen sie die Knappheit medizinischer und technischer (Schutz-)Ausrüstung und den Mangel an Personal und Betten ein.

Gespalten sind die Befragte in der Frage, welche Lehren aus der Covid-19-Krise zu ziehen seien - ob es einen Marschhalt bei den Sparmassnahmen geben soll (46 Prozent) oder ob die Spitäler und Kliniken auch weiterhin von Sparmassnahmen nicht verschont bleiben sollen (48 Prozent). **(sda)**

# Corona stärkt Glaubwürdigkeit der Spitäler – Sorge um Personalmangel

 [tagesanzeiger.ch](https://tagesanzeiger.ch) | 05.10.2021

Teilnehmer einer Umfrage geben den Spitälern für ihre Rolle in der Pandemie gute Noten. Uneinigkeit herrscht bei der Frage nach Sparmassnahmen.

Ein Spital in jeder Region, zumindest für Notfälle und wiederkehrende ambulante Behandlungen: das wünscht sich die Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung laut Umfrage des Spitalverbands H+. Für ein Vollangebot oder für Spitzenmedizin reichen Zentrumsspitäler.

Die Mehrheit wünscht sich auch 2021 in jeder Region ein Spital oder eine Klinik, wie es in einer Mitteilung von H+/Schweizer Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen vom Dienstag heisst. Neuerdings würden die Befragten mehr Geld ausgeben für ambulante Spitalleistungen, Regional- und Zentrumsspitäler und weniger für Kinder- und Altersmedizin.

Gute Noten erhalten die Spitäler für ihre Rolle bei der Bewältigung der Covid-19-Krise. Für 63 Prozent der befragten Stimmberechtigten funktionieren die Spitäler demnach eher gut, für 21 Prozent sehr gut. Rund zwei Drittel gaben an, dass sich ihr Eindruck von den Spitälern und Kliniken durch die Krise positiv verändert habe.

88 Prozent der Befragten halten den Beitrag der Spitäler und Kliniken zur Bewältigung der Corona-Pandemie für sehr wichtig. So hat die Glaubwürdigkeit der Spitäler im Vergleich zur letzten Umfrage von 2019 klar zugenommen. Die Befragten bewerten die Kliniken hinter den Ärztinnen und Ärzten als am glaubwürdigsten. Die Rolle der Pharmaindustrie und der Wissenschaft wird mit 80 Prozent beziehungsweise 71 Prozent als ähnlich wichtig bewertet.

Als Stärken der Spitäler und Kliniken, die durch die Krise zum Vorschein gekommen seien, nennen die befragten Stimmberechtigten die funktionierende Infrastruktur und Organisation, die hohe Kompetenz und Professionalität, die Einsatzbereitschaft des Personals sowie die hohe Qualität. Als Schwächen stufen sie die Knappheit medizinischer und technischer (Schutz-)Ausrüstung und den Mangel an Personal und Betten ein.

Gespalten sind die Befragten in der Frage, welche Lehren aus der Covid-19-Krise zu ziehen seien – ob es einen Marschhalt bei den Sparmassnahmen geben soll (46 Prozent) oder ob die Spitäler und Kliniken auch weiterhin von Sparmassnahmen nicht verschont bleiben sollen (48 Prozent).

## Bund soll stärker steuern

Eine knappe Mehrheit befürwortet zudem eine stärkere politische Steuerung der Kosten im Gesundheitswesen. Über ein Drittel möchte die Kostensteuerung dem Markt überlassen. Ein Kostendach für einzelne Leistungsbereiche stösst bei einer knappen Mehrheit auf Akzeptanz. Im Vergleich zur letzten Umfrage wünschen sich die Befragten deutlich stärker den Bund als steuernden Akteur. Auch die Kantone und die Tarifpartner sollen aus Sicht der Mehrheit mitsteuern.

Die Ergebnisse des H+ Spital- und Klinik-Barometers 2021 basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1200 Stimmberechtigten aus der ganzen Schweiz, die [GFS Bern](#) im Auftrag von H+ durchgeführt hat. Die Befragung wurde zwischen dem 6. und dem 31. Mai 2021 mit Angesicht-zu-Angesicht-Interviews gemacht. Es ist die siebente Erhebung im Rahmen des H+ Spital- und Klinik-Barometers seit 2014. (sda/oli)



Pflegepersonal beim Behandeln eines Corona-Patienten im Regionalspital im zürcherischen Affoltern am Albis. Foto: Dominique Meienberg

# H+ Spital- und Klinik-Barometer 2021: Gute Noten für die Spitäler und Kliniken in der COVID-19-Krise

 [finanznachrichten.de](https://finanznachrichten.de) | 05.10.2021

Die befragten Stimmberechtigten erachten die Spitäler und Kliniken als zentrale Akteure bei der Bewältigung der COVID-19-Krise und attestieren ihnen, gute Arbeit zu leisten. Bei der Verteilung der finanziellen Mittel sind die Befragten zufrieden, so wie sie ist. Deutlicher als bisher wünschen sie in jeder Region ein Spital. Für Notfälle muss in den Augen der Befragten in unmittelbarer Nähe ein Angebot zur Verfügung stehen, zunehmend auch für wiederkehrende ambulante Behandlungen und Geburten.

Die Spitäler und Kliniken funktionieren in Pandemie-Zeiten gut. So lautet der Tenor im H+ Spital- und Klinik-Barometer 2021. Für 63 Prozent der befragten Stimmberechtigten funktionieren die Spitäler bei der Bewältigung der Krise eher gut, für weitere 21 Prozent sehr gut. Rund zwei Drittel (68%) geben an, dass sich ihr Eindruck bezüglich der Spitäler und Kliniken durch die Krise positiv verändert hat.

## Zentrale Akteure noch vor der Pharmaindustrie

88 Prozent der Befragten halten den Beitrag der Spitäler und Kliniken zur Bewältigung der COVID-19-Krise für sehr wichtig, 12 Prozent für wichtig. Nur die Rollen der Pharmaindustrie (80% sehr wichtig) und der Wissenschaft (71% sehr wichtig) werden als ähnlich wichtig bewertet, gefolgt von den Apotheken, Hausärzten, dem Bundesrat, dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) und den Kantonsregierungen. Als weniger wichtig beurteilen die befragten Stimmberechtigten die Leistungsausweise des Schweizer Parlaments, der Wirtschaftsverbände, der Krankenversicherer und der Armee, gefolgt von den Medien, die den letzten Rang belegen.

## Lob und Tadel

Als Stärken der Spitäler und Kliniken, die durch die Krise zum Vorschein getreten sind, loben die befragten Stimmberechtigten die funktionierende Infrastruktur und Organisation, die hohe Kompetenz und Professionalität, die Einsatzbereitschaft des Personals sowie die hohe Qualität. Als Schwächen stufen sie die Knappheit von medizinischer und technischer (Schutz-)Ausrüstung und den Mangel an Personal sowie Betten ein.

## Uneinigkeit bezüglich Lehren aus der Krise

Gespalten sind die Befragten in der Frage, welche Lehren aus der COVID-19-Krise zu ziehen sind, bzw. ob es einen Marschhalt bei den Sparmassnahmen geben soll (46%) oder ob die Spitäler und Kliniken auch weiterhin von Sparanstrengungen nicht verschont bleiben sollen (48%).

## Befragte erkennen Probleme beim TARMED

Einer Mehrheit der Befragten ist es wichtig, dass bei der Vergütung medizinischer Leistungen nicht nur Quantität, sondern auch Qualität mitberücksichtigt wird (48% eher wichtig, 9% sehr wichtig). Eine Mehrheit findet es problematisch, dass gemäss aktuellem Arzttarif TARMED einzelne Leistungserbringer für die gleiche Gesamtleistung mehr Einzelleistungen verrechnen als andere (48% eher problematisch, 13% sehr problematisch). Eine relative Mehrheit präferiert als Konsequenz davon die Einführung von Pauschalen auch im ambulanten Bereich (38% eher sinnvoll, 6% sinnvoll). 30 Prozent der Befragten haben sich zur Thematik aber noch keine Meinung gebildet, und weitere 11 Prozent wollen sich zum Thema nicht äussern.

## Ambulante Spitalleistungen, Zentrums- und Regionalspitäler finanziell stärken

Auch 2021 sind die Befragten grösstenteils mit der bestehenden Mittelverteilung einverstanden. Jedoch würden sie neuerdings für ambulante Spitalleistungen, Zentrums- und Regionalspitäler mehr Geld ausgeben. Bisher standen immer die Kinder- und Altersmedizin an erster Stelle. Die Einschätzung von 2019, wonach hohe Qualität nur noch für eine Minderheit ein legitimer Grund für hohe Gesundheitskosten ist, hat sich 2021 bestätigt. Die Befürchtung, dass Kostendruck zu Qualitätsabbau führt, ist schwächer geworden.

## In jeder Region ein Spital und stärkerer Wunsch nach zentralisierter Spitzenmedizin

Die Mehrheit wünscht sich auch 2021 in jeder Region ein Spital oder eine Klinik. Der Wunsch nach einer Zentralisierung der Spitzenmedizin hat sich aber ebenfalls verstärkt. Ein Angebot in ihrer Nähe wünschen die Befragten auf jeden Fall bei Notfällen und vermehrt auch für mehrmals wöchentlich wiederkehrende ambulante Behandlungen sowie Geburten. Bei mehrwöchigen stationären Behandlungen, für eine Rehabilitation oder in der Psychiatrie, sowie bei einmaligen chirurgischen, vor allem spezialisierten Eingriffen, akzeptieren sie auch weitere Anfahrtswege. Grundsätzlich gilt auch 2021: Die Schweizer Stimmberechtigten wünschen zwar mehrheitlich in jeder Region ein Spital oder eine Klinik, aber nicht zwingend mit einem Vollangebot.

## Hintergrundinformationen zur Befragung

Die Ergebnisse des H+ Spital- und Klinik-Barometers 2021 basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1200 Stimmberechtigten aus der ganzen Schweiz, welche gfs.bern im Auftrag von H+ durchgeführt hat. Die Befragung wurde zwischen dem 6. und dem 31. Mai 2021 mit Face-to-Face-Interviews realisiert. Seit 2014 handelt es sich um die siebte Erhebung im Rahmen des H+ Spital- und Klinik-Barometers, die seit 2019 alle zwei Jahre stattfindet. (ots)

Info: [www.klinik-barometer.ch](http://www.klinik-barometer.ch)

Pressekontakt:

Dorit Djelid,

Leiterin Geschäftsbereich Kommunikation, Stv. Direktorin, Mitglied der Geschäftsleitung

Tel. G: 031 335 11 63

Mobile: 079 758 86 52

E-Mail: [medien@hplus.ch](mailto:medien@hplus.ch)



SPITÄLER

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

# Bevölkerung will in jeder Region ein Spital

 Linth-Zeitung | 06.10.2021

Ein Spital in jeder Region, zumindest für Notfälle und wiederkehrende ambulante Behandlungen: Das wünscht sich die Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung laut Spitalverband H+. Für ein Vollangebot oder für Spitzenmedizin reichen Zentrumsspitäler. Die Ergebnisse des H+ Spital- und Klinik-Barometers 2021 basieren auf einer Befragung von 1200 Stimmberechtigten aus der ganzen Schweiz. sda

## Gleichentags erschienen in

- Bündner Tagblatt

# Initiative soll den Pflegenotstand beheben

 Südostschweiz Bündner Zeitung | 07.10.2021

Das Initiativkomitee der Pflegeinitiative kritisiert den Gegenvorschlag zur Initiative als ungenügend. Nur die Initiative sichere die gewünschte Qualität in der Pflege.

## Michael Schneider

Gegen den Pflegenotstand in der Schweiz braucht es mehr Massnahmen als bloss mehr Fachleute. Dies ist das Hauptargument des Komitees hinter der Initiative «Für eine starke Pflege», über die am 28. November abgestimmt wird. Es hat am Mittwoch in Bern seine Position dargelegt.

«Der Pflegenotstand ist keine Drohung, er ist längst Realität», sagte Sophie Ley, Präsidentin des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) vor den Medien. Die Pflegenden arbeiteten schon lange bis zur Erschöpfung.

## Tausende unbesetzte Stellen

Aktuell sind gemäss dem Initiativkomitee über 11 000 Pflegestellen in der Schweiz unbesetzt, es fehlten 6200 Pflegefachpersonen. Die aktuelle Situation sei unhaltbar, weil die Zeit für eine gute, sichere und menschliche Pflege fehle. Die Pandemie verstärkte diesen Trend noch, warnte die Tessiner Ständerätin Marina Carobbio Guscetti (SP). Damit Pflegenden länger im Beruf blieben, brauche es eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Bei einer Annahme der Initiative würde der Bund dazu künftig Vorschriften erlassen.

Was die Pflegeinitiative fordere, sei einfach, sagte der Thurgauer Mitte-Nationalrat Christian Lohr: «Es braucht genügend Pflegefachpersonen auf allen Schichten.» Vorschriften zur Mindestanzahl diplomierter Pflegefachleute pro Bereich seien deshalb notwendig. Yvonne Ribi, Geschäftsführerin des SBK und Mitglied des Initiativkomitees, erklärte, dass die Patientensicherheit in direktem Zusammenhang stehe mit der Personalsituation. Es gebe nationale und internationale Analysen, die zeigten, dass es bei Patientinnen und Patienten zu mehr Komplikationen komme, wenn nicht genug Fachpersonal eingeteilt werden könne.

## Kritik am Gegenvorschlag

Durch die Initiative soll in der Verfassung verankert werden, dass Bund und Kantone die Pflege als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung fördern. Sie sollen für eine ausreichende, allen zugängliche Pflege von hoher Qualität sorgen und sicherstellen, dass genügend Pflegefachpersonen zur Verfügung stehen.

Auch die Attraktivität der Pflegeberufe soll gesteigert werden. Dazu gehört, dass die Pflegefachpersonen ihre eigenverantwortlich erbrachten Leistungen selbstständig mit den Krankenkassen abrechnen dürfen.

Das Parlament empfiehlt die Initiative zur Ablehnung und hat einen indirekten Gegenvorschlag verabschiedet. Bei diesem steht die Förderung der Ausbildung der Pflegenden im Zentrum. Das Initiativkomitee sieht allerdings auch in diesem Bereich Schwächen des Gegenvorschlags: Die Bundesmittel dafür würden nur dann gesprochen, wenn die Kantonsparlamente die gleiche Summe bewilligten.

## Verzögerungen befürchtet

Das Initiativkomitee rechnete damit, dass bei einer Annahme der Initiative rasch Massnahmen umgesetzt werden können – auch, weil das Thema im Parlament bereits breit diskutiert wurde. Anders schätzten der Spitalverband H+, der Heimverband Senesuisse und der Verband der privaten Spitexorganisationen (ASPS) die Lage ein. Sie empfahlen am Mittwoch in einer Mitteilung ein Nein zur Initiative sowie die Annahme des Gegenvorschlags.

Bei einer Annahme der Initiative würde das Ringen um konkrete Massnahmen erneut beginnen, warnten sie. Vor allem bei der Behebung des Fachkräftemangels befürchten die Verbände jahrelange Verzögerungen. Sie wandten sich ausserdem dagegen, Bestimmungen zu den Arbeitsbedingungen auf Bundesebene festzuschreiben. Derartige Fragen seien im kantonalen Recht und im Rahmen der Sozialpartnerschaft zu regeln.



Wollen mehr als nur Applaus: Yvonne Ribi, Sophie Ley und Marina Carobbio Guscetti (von links) werben für die Pflegeinitiative.

### Gleichen tags erschienen in

- Bündner Tagblatt
- Linth-Zeitung

# Pflegeinitiative: Befürworter legen ihr Argumente dar

 [nau.ch](#) | Spitex, H+ | 07.10.2021

Am 28. November wird über die Pflegeinitiative abgestimmt. An einer Pressekonferenz lieferten die Befürworter ihre Argumente.

Gegen den Pflegenotstand braucht es mehr Massnahmen als bloss mehr Fachleute. Dies ist das Hauptargument des Komitees hinter der Initiative «Für eine starke Pflege», über die am 28. November abgestimmt wird. Es hat am Mittwoch in Bern seine Position dargelegt.

«Der Pflegenotstand ist keine Drohung, er ist längst Realität», sagte Sophie Ley, Präsidentin des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK), vor den Medien.

## Die Pflegenden arbeiteten schon lange bis zur Erschöpfung

Aktuell sind gemäss dem Initiativkomitee über 11'000 Pflegestellen in der Schweiz unbesetzt, es fehlten 6200 Pflegefachpersonen. Die aktuelle Situation sei unhaltbar, weil die Zeit für eine gute, sichere und menschliche Pflege fehle.

Die Pandemie verstärkte diesen Trend noch, warnte die Tessiner Ständerätin [Marina Carobbio](#) Guscetti (SP). Damit Pflegenden länger im Beruf blieben, brauche es eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Bei einer Annahme der Initiative würde der Bund dazu künftig Vorschriften erlassen.

Was die Pflegeinitiative fordere, sei einfach, sagte der Thurgauer Mitte-[Nationalrat](#) Christian Lohr: «Es braucht genügend Pflegefachpersonen auf allen Schichten». Vorschriften zur Mindestanzahl diplomierter Pflegefachleute pro Bereich seien deshalb notwendig.

## Pflegeinitiative: Initianten wollen Attraktivität des Berufs steigern

Yvonne Ribi, Geschäftsführerin des SBK und Mitglied des Initiativkomitees, erklärte, dass die Patientensicherheit in direktem Zusammenhang stehe mit der Personalsituation. Es gebe nationale und internationale Analysen, die zeigten, dass es bei Patientinnen und Patienten zu mehr Komplikationen komme, wenn nicht genug Fachpersonal eingeteilt werden könne.

Durch die Initiative soll in der Verfassung verankert werden, dass Bund und Kantone die Pflege als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung fördern. Sie sollen für eine ausreichende, allen zugängliche Pflege von hoher Qualität sorgen und sicherstellen, dass genügend Pflegefachpersonen zur Verfügung stehen.

Auch die Attraktivität der Pflegeberufe soll gesteigert werden. Dazu gehört, dass die Pflegefachpersonen ihre eigenverantwortlich erbrachten Leistungen selbständig mit den [Krankenkassen](#) abrechnen dürfen.

## «Indirekter Gegenvorschlag genügt nicht»

Das [Parlament](#) empfiehlt die Initiative zur Ablehnung und hat einen indirekten Gegenvorschlag verabschiedet. Bei diesem steht die Förderung der Ausbildung der Pflegenden im Zentrum. Das Initiativkomitee sieht allerdings auch in diesem Bereich Schwächen des Gegenvorschlags: Die Bundesmittel dafür würden nur dann gesprochen, wenn die Kantonsparlamente die gleiche Summe bewilligten.

Das Initiativkomitee rechnete damit, dass bei einer Annahme der Initiative rasch Massnahmen umgesetzt werden können - auch, weil das Thema im [Parlament](#) bereits breit diskutiert wurde.

Anders schätzten der Spitalverband H+, der Heimverband Senesuisse und der Verband der privaten Spitexorganisationen (ASPS) die Lage ein. Sie empfahlen am Mittwoch in einer Mitteilung ein Nein zur Initiative sowie die Annahme des Gegenvorschlags.

Bei einer Annahme der Initiative würde das Ringen um konkrete Massnahmen erneut beginnen, warnten sie. Vor allem bei der Behebung des Fachkräftemangels befürchten die Verbände jahrelange Verzögerungen. Sie wandten sich ausserdem dagegen, Bestimmungen zu den Arbeitsbedingungen auf Bundesebene festzuschreiben. Derartige Fragen seien im kantonalen Recht und im Rahmen der Sozialpartnerschaft zu regeln. **(sda)**

# Mit der Pflege-Initiative gegen eine «unhaltbare Situation»

 Radio SRF 4 News | 06.10.2021

## Abstimmung am 28. November

- Am 28. November entscheiden Volk und Stände über die Volksinitiative «Für eine starke Pflege», die sogenannten Pflege-Initiative.
- Das Initiativkomitee hat seine Argumente präsentiert: Die Vorlage Sorge dafür, dass wieder genügend Pflegende im Beruf tätig seien.

Die Pflege-Initiative gewährleiste qualifiziertes Personal und sichere die Pflegequalität, die aktuell gefährdet sei, teilte das Initiativkomitee mit. Aktuell seien über 11'000 Pflegestellen in der Schweiz unbesetzt, es fehlten 6200 Pflegefachpersonen. Die aktuelle Situation sei unhaltbar, weil die Zeit für eine gute, sichere und menschliche Pflege fehle.

## «Pflegende am Rand der Erschöpfung»

Die Pflegenden seien chronisch überlastet, erschöpft und frustriert, so das Komitee. Viele gut ausgebildete Pflegende würden den Beruf nach wenigen Jahren wieder verlassen. Die Unterbesetzung von Pflegenden werde zum belastenden Dauerzustand für jene, die blieben.

Die Pflege-Initiative gewährleiste qualifiziertes Personal und sichere die Pflegequalität, die aktuell gefährdet sei, teilte das Initiativkomitee mit. Aktuell seien über 11'000 Pflegestellen in der Schweiz unbesetzt, es fehlten 6200 Pflegefachpersonen. Die aktuelle Situation sei unhaltbar, weil die Zeit für eine gute, sichere und menschliche Pflege fehle.

## Förderung der Pflege

Die Pflegenden seien chronisch überlastet, erschöpft und frustriert, so das Komitee. Viele gut ausgebildete Pflegende würden den Beruf nach wenigen Jahren wieder verlassen. Die Unterbesetzung von Pflegenden werde zum belastenden Dauerzustand für jene, die blieben.

### Initiative und indirekter Gegenvorschlag

Die **Pflege-Initiative** verlangt, dass Bund und Kantone für eine ausreichende, allen zugängliche Pflege von hoher Qualität sorgen. Sie sollen sicherstellen, dass genügend diplomiertes Pflegepersonal für den zunehmenden Bedarf der alternden Gesellschaft zur Verfügung steht.

Die in der Pflege tätigen Personen sollen entsprechend ihrer Ausbildung und ihren Kompetenzen eingesetzt werden. So soll der Bund die Arbeitsbedingungen in den Spitälern, Heimen und Spitexorganisationen verbindlich regeln. Dazu zählt die Höhe der Löhne.

Zudem sollen Pflegefachpersonen gewisse Pflegeleistungen selbständig direkt mit der obligatorischen Krankenpflegeversicherung oder anderen Sozialversicherungen abrechnen können. Heute können sie grundsätzlich nur die Leistungen abrechnen, die von einer Ärztin oder einem Arzt angeordnet worden sind.

Dem Bundesrat und einer Mehrheit des Parlaments geht dieser Vorschlag zu weit. Das Parlament hat deshalb einen **indirekten Gegenvorschlag** zur Volksinitiative verabschiedet. Dieser Vorschlag tritt in Kraft, wenn die Initiative abgelehnt wird und der Gegenvorschlag nicht erfolgreich mit einem Referendum bekämpft wird.

Der Gegenvorschlag sieht unter anderem vor, dass Bund und Kantone für die nächsten acht Jahre rund eine Milliarde Franken in die Ausbildung von Pflegepersonal investieren. Mit dem Geld sollen sowohl Studierende als auch Spitäler, Pflegeheime und Spitexorganisationen unterstützt werden, die Pflegepersonal ausbilden.

Zudem sollen Fachhochschulen und höhere Fachschulen Geld erhalten, wenn sie die Zahl der Ausbildungsplätze erhöhen.

 [Audio starten, Dauer: 04:02](#)

# Pflegende können ihre Aufgaben kaum mehr bewältigen

Eine Bildungsoffensive reiche nicht, um den Pflegenotstand abzuwenden. Es brauche auch verbesserte Arbeitsbedingungen, sagt das Ja-Komitee der Pflege-Initiative.

## Leonardo Siviglia

Wer den aktuellen Versorgungsbericht für das Gesundheitspersonal liest, dem wird schnell klar: Es wird gewarnt. Gewarnt vor Engpässen in der Pflege.

Dies ist nichts Neues, weshalb in den letzten Jahren auch die Nachwuchsrekrutierung stark verbessert werden konnte. Das Problem: Viele Pflegende steigen bereits nach wenigen Jahren aus ihrem Beruf aus. So liegt die aktuellste Ausstiegsquote bei diplomierten Pflegefachpersonen zwischen 20 und 24 Jahren bei 36 Prozent, bei den 25 bis 29-Jährigen über 27 Prozent und bei bis 34-Jährigen bei 34.5 Prozent.

## Es ist, wie wenn man ein Sieb mit Wasser füllen will. - Yvonne Ribi, Geschäftsführerin SBK

Genau dagegen will die Pflege-Initiative ankämpfen. Sie gewährleiste qualifiziertes Personal und sichere die Pflegequalität, die aktuell gefährdet sei, teilte das Ja-Komitee heute an seiner Pressekonferenz mit.

Über 11'000 Stellen seien zurzeit unbesetzt. Die Pflegenden seien chronisch überlastet, erschöpft und frustriert, sagt das Komitee. Die Unterbesetzung von Pflegenden werde zum belastenden Dauerzustand für jene, die blieben.

## Die beiden Vorlagen im Detail

Die Pflege-Initiative will ...

- ... den Pflegeberuf via Verfassungsartikel stärken.
- ... dass der Bund für anforderungsgerechte Arbeitsbedingungen sorgt.
- ... dass der Bund für eine angemessene Abgeltung der Pflegeleistung sorgt.
- ... dass der Bund Möglichkeiten zur beruflichen Entwicklung schafft.
- ... dass die Pflegenden direkt und ohne ärztliche Unterschrift mit den Krankenkassen abrechnen können.

Der Gegenvorschlag will ...

- ... bis zu 1 Milliarde Franken in eine Bildungsoffensive in der Pflege investieren.
- ... Kontrollmechanismen einrichten, damit die Krankenkassenprämien durch die Selbstabrechnung nicht steigen.
- ... die Möglichkeit einer Begrenzung von direkt abrechnendem Pflegepersonal offen lassen, falls die Kosten steigen.

Der Gegenvorschlag des Bundes bringe mit seiner Bildungsoffensive zwar gute Argumente ein, reiche aber bei Weitem nicht aus, um den Notstand zu beenden. Es sei, wie wenn man ein Sieb mit Wasser füllen wolle, sagt Yvonne Ribl, Geschäftsführerin des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK). Ausbildung alleine reiche nicht. Der Beruf und die Arbeitsbedingung müssten besser und interessanter werden.

## Aufgaben einer Schicht fast nicht zu bewältigen

Dem pflichtet auch Timon Nielsen bei. Er arbeitete 20 Jahre lang in der Pflegebranche und möchte diese Zeit nicht missen – aber die Arbeitsbedingungen seien zusehends schlechter geworden.

Nielsen sagt, es habe nicht den einen Moment gegeben, der ihn habe merken lassen, dass er nicht mehr könne. Der Prozess sei schleichend gekommen. Die Aufgaben, die in einer Schicht hätten bewältigt werden sollen, waren kaum mehr tragbar.

Für alles hatte Nielsen zu wenig Zeit. Und es ging sogar so weit, dass er nicht einmal mehr wusste, wen er überhaupt pflegte. Auch selbst wurde er zunehmend resignierter, war nicht mehr glücklich und entschied schliesslich, eine Schreinerei aufzumachen. Sein Appell: Es ist höchste Eisenbahn für ein Ja zur Pflege-Initiative.

Die Pflege ist ein schöner Beruf, in dem einem viel Dankbarkeit entgegengebracht wird. - Diana Carlini, Pflegefachfrau FH in Ausbildung

Trotz all dieser Widrigkeiten arbeiten Diana Carlini und ihre Freundinnen gerne in der Pflege. Es sei ein schöner Beruf, in dem einem viel Dankbarkeit entgegengebracht werde. Auch Deborah Bächler ist der Meinung, die Wertschätzung der Patienten sei gross.

Die Studentinnen sehen jedoch die Problematik, die der Job mit sich bringt: Unterbesetzung, Stress, geringe Löhne und teils zu wenig Zeit, um richtig zu pflegen. Die Zukunft in ihrer Branche macht den Studentinnen zum Teil Sorgen. Nicht nur in Bezug auf sich selbst, sondern auf die Pflegesicherheit allgemein. Sie wisse nicht, wie die Pflegesicherheit in ein paar Jahren aussehen wird, gerade auch mit Blick auf ihre Eltern und Grosseltern, sagt Valérie Wyss.

Ob die Pflege-Initiative angenommen wird oder das Volk den Gegenvorschlag vorzieht, wird sich zeigen. Sicher bleibt: Die Pflege und die Gewährleistung der Qualität in dieser Branche wird auch nach Corona eine Frage sein, mit der sich die Gesellschaft auseinandersetzen wird.

[Video starten](#), Dauer: 04:39

---

## Abstimmung «Pflegeinitiative»: Die Befürworter

**Datum**  
06.10.2021  
**Sendung**  
Tagesschau  
**Dauer**  
**Startzeit**

Genügend Personal auf den Schichten, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, Spielraum für Lohnanpassungen: Das Sorge für bessere Arbeitsbedingungen und damit für mehr Qualität in der Pflege – sagen die Befürworter der «Pflegeinitiative».

[Video starten](#), Dauer: 02:05

# Widerstand gegen die Pflegeinitiative

Am 28. November entscheiden Volk und Stände über die Volksinitiative «Für eine starke Pflege», die sogenannten Pflegeinitiative. In der Gesundheitsbranche ist die Initiative allerdings umstritten.



Medienecho | 07.10.2021

---

Warum die Spitex, Curaviva und der Spitalverband gegen die Pflegeinitiative sind



aargauerzeitung.ch | 07.10.2021

---

Die Pflegeinitiative weckt falsche Hoffnungen - Kommentar



Neue Zürcher Zeitung NZZ | 07.10.2021

---

Ausgerechnet die Spitex ist gegen die Pflege-Initiative



Aargauer Zeitung - Ausgabe Aarau | 07.10.2021

---

Spitäler stellen sich gegen die Pflege-Initiative



Medinside | 06.10.2021

---

# Warum die Spitex, Curaviva und der Spitalverband gegen die Pflegeinitiative sind

 [aargauerzeitung.ch](https://aargauerzeitung.ch) | Spitex, H+ | 07.10.2021

Am 28. November stimmt das Schweizer Volk über die Pflegeinitiative ab. Wird diese abgelehnt, tritt der indirekte Gegenvorschlag in Kraft. Die Vorlage spaltet die Gesundheitsverbände – vor allem aus einem Grund.

## Chiara Stäheli

In weniger als zwei Monaten stimmen wir über die Pflegeinitiative ab. Sie hat zum Ziel, die Arbeitsbedingungen für Pflegefachpersonen zu verbessern und die Attraktivität der Pflegeberufe zu steigern. Die Initiantinnen haben gestern mit einer Medienkonferenz die Ja-Kampagne lanciert. Federführend ist der Berufsverband der diplomierten Pflegefachpersonen (SBK).

## Pflegenotstand lässt kein Warten zu

Der Verband geniesst zwar Unterstützung von den Grünen und der SP, doch es gibt Widerstand aus den eigenen Reihen. Zahlreiche Pflegeverbände – darunter Spitex Schweiz, Curaviva und H+, der Verband der Schweizer Spitäler, – lehnen die Initiative ab und plädieren für den indirekten Gegenvorschlag, den das Parlament ausgearbeitet hat. Dieser zielt auf die finanzielle Unterstützung der angehenden Pflegefachkräfte und die Erweiterung ihrer Kompetenzen. Wird die Initiative abgelehnt, tritt der Gegenvorschlag in Kraft.

Marianne Pfister ist Geschäftsführerin von Spitex Schweiz. Ihre Organisation teile grundsätzlich die Anliegen des SBK. Doch:

**«Die Situation in der Pflege ist prekär. Wir müssen sofort handeln und haben keine Zeit mehr, die Bedingungen zuerst auszuhandeln.»**

Deshalb unterstütze Spitex Schweiz den indirekten Gegenvorschlag: «Er erlaubt, dass wir die griffigen Massnahmen rasch umsetzen können. Bei Annahme der Initiative würde das wohl noch Jahre dauern», so Pfister weiter.

Tatsache ist: Wenn das Volk die Pflegeinitiative annimmt, wird es mit grosser Wahrscheinlichkeit mehrere Jahre dauern, bis ein Umsetzungsvorschlag vorliegt, der breit akzeptiert wird.

Aus ebendiesem Grund hat auch H+, der nationale Verband der öffentlichen und privaten Spitäler und Pflegeinstitutionen, entschieden, die Initiative abzulehnen. «Wir brauchen sofortige und substanzielle Lösungen für den Pflegenotstand», sagt Direktorin Anne Bütikofer. Die Ausbildungsoffensive ermögliche, dass innert weniger Jahre mehr Pflegefachkräfte zur Verfügung stehen würden.

Die Pflegeinitiative geht zudem aus Sicht des Spitalverbands in einigen Punkten zu weit: «Bessere Arbeitsbedingungen nur für eine bestimmte Berufsgruppe sowie eine bestimmte Anzahl Pflegende pro

Schicht können nicht auf Verfassungsebene gelöst werden», so Bütikofer. Dies müsse man kantonal im sozialpartnerschaftlichen Dialog regeln.

## Reichen 18 Monate für die Umsetzung?

Ähnliche Argumente führt Daniel Höchli an. Er ist Direktor von Curaviva, einem Branchenverband, der landesweit mehr als 2700 Institutionen für Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Menschen im Alter vertritt. Auch Höchli verweist auf die rasche Umsetzbarkeit des Gegenvorschlags: «Er kann schnell auf die Problematik des Fachkräftemangels einwirken. Zusammen mit der Attraktivitätssteigerung des Berufs können die Personalengpässe rasch entschärft werden.»

Der SBK entgegnet der Kritik: «Wir haben in den Übergangsbestimmungen der Initiative verankert, dass der Bundesrat innerhalb von 18 Monaten nach Annahme Massnahmen gegen den Mangel an Pflegefachkräften erlassen muss.» Geschäftsführerin Yvonne Ribi gibt aber zu: «Letztlich hängt es vom Parlament ab, wie lange es dauert, die Gesetze auszuarbeiten.»

# Die Pflegeinitiative weckt falsche Hoffnungen - Kommentar

 Neue Zürcher Zeitung NZZ | 07.10.2021

## Kampf gegen Fachkräftemangel

**Simon Gehli**

Über 10 000 Stellen in der Pflege sind derzeit in der Schweiz unbesetzt, besonders bei anspruchsvollen Funktionen herrscht grosser Mangel. Und dieser wird sich noch verschärfen, wenn die heute 55- bis 75-jährigen Babyboomer in ein Alter kommen, in dem sie vermehrt auf Pflege angewiesen sind.

Angesichts dieser Umstände und des grossen Sympathiebonus, den sich die Pflegenden in der Corona-Pandemie erworben haben, dürfen die Initiantinnen des Volksbegehrens «für eine starke Pflege» bei der Abstimmung am 28. November auf ein Ja hoffen. Die Pflegeinitiative verspricht, für mehr Nachwuchs und eine längere Verweildauer im Beruf zu sorgen. Trotzdem wäre es besser, wenn das Volk die Initiative versenkt. Denn es gibt einen indirekten Gegenvorschlag, der in vielerlei Hinsicht überzeugender ist.

Die Initiative stammt von der Lobbyorganisation der Pflegefachleute. Das erklärt, warum im Initiativtext nur von dieser Gruppe die Rede ist, nicht aber von anderen, ebenfalls wichtigen Berufsgattungen wie den Fachangestellten Gesundheit (FaGe). Eine solche Privilegierung eines einzelnen Berufszweiges wäre ein Fremdkörper in der Bundesverfassung. Dieses Argument mag man als Verfassungspurismus abtun. Es gibt jedoch auch handfeste politische Gründe, die gegen das Volksbegehren sprechen.

Dieses unterscheidet sich vom Gegenvorschlag in zwei wesentlichen Punkten: Die Initianten verlangen einen nationalen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die Pflege. Und sie bestehen darauf, dass auf jeden Patienten eine bestimmte Anzahl Pflegefachpersonen kommen muss. Es mag gute Gründe für eine solche «nurse to patient ratio» geben: Mehr hochqualifizierte Pflegenden können die Behandlungsqualität erhöhen und sogar mithelfen, die Kosten zu senken, wenn die Patienten schneller gesund werden.

Aber eine solche Regelung ist nur dann sinnvoll, wenn genügend Pflegeexpertinnen zur Verfügung stehen, was ja heute gerade nicht der Fall ist. Besonders für Spitäler und Heime in Randregionen wäre es kaum möglich, die Quote zu erfüllen, bis die Ausbildungsoffensive – hoffentlich – irgendwann Früchte trägt. Sie müssten entweder auf einen Platz auf der Spitalliste und damit auf Gelder aus der Grundversicherung verzichten. Oder sie müssten einen Teil der Behandlungen streichen. Beides ist nicht im Sinne der Patientinnen und Patienten.

Ein GAV-Diktat widerspräche nicht nur dem Geist der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Angestellten. Ein nationaler Gesamtarbeitsvertrag würde auch regionalen Unterschieden nicht gerecht werden. Ihre Forderungen nach besseren Arbeitszeiten und höheren Löhnen müssten die Pflegerinnen auch so durchsetzen können. Schliesslich haben die Arbeitnehmer auf einem ausgetrockneten Arbeitsmarkt eine enorme Verhandlungsmacht. Eine Neuerung, auf die sie schon lange drängen und die ihren Beruf aufwerten soll, bringt auch der Gegenvorschlag den Pflegefachleuten: Sie können künftig selbständig über gewisse Behandlungen entscheiden und ihre Leistungen direkt den Krankenkassen in Rechnung stellen. Das Parlament hat aber klugerweise einen Sicherheitsmechanismus eingebaut: Sollten die Kosten explodieren, müssten sich die Pflegeanbieter und die Kassen auf Gegenmassnahmen einigen.

Zudem sieht der Gegenvorschlag maximal eine Milliarde Franken für eine Ausbildungsinitiative vor. Wenn es dadurch mehr Pflegefachfrauen gibt, führt dies zu einer Entlastung aller in der Pflege tätigen Personen – und dadurch sollte auch die hohe Ausstiegsquote sinken, die ein wesentlicher Grund für den Fachkräftemangel ist. Es ist zwar ein Schönheitsfehler der Parlamentsvorlage, dass sich die Kantone bei der Finanzierung der zusätzlichen Ausbildungsplätze querstellen können. Unter dem Strich überwiegen aber die Vorteile des Gegenvorschlags deutlich.

Entscheidend ist auch der Faktor Zeit: Während der Gegenvorschlag bei einem Nein zur Initiative rasch umgesetzt werden könnte, würden bei einem Ja Jahre verstreichen: Es brauchte noch eine gesetzliche Umsetzung des Verfassungsauftrages. Diese Zusatzschleife kann sich das Gesundheitswesen nicht leisten.

# Ausgerechnet die Spitex ist gegen die Pflege-Initiative

 Aargauer Zeitung - Ausgabe Aarau | Spitex, H+ | 07.10.2021

Die Vorlage des Pflegefachverbands ist in der Branche umstritten. Warum viele den Gegenvorschlag besser finden.

**Chiara Stäheli**

In weniger als zwei Monaten stimmen wir über die Pflege-Initiative ab. Sie hat zum Ziel, die Arbeitsbedingungen für Pflegefachpersonen zu verbessern und die Attraktivität der Pflegeberufe zu steigern. Die Initiantinnen haben gestern mit einer Medienkonferenz die Ja-Kampagne lanciert. Federführend ist der Berufsverband der diplomierten Pflegefachpersonen (SBK).

## Pflegenotstand lässt kein Warten zu

Der Verband geniesst zwar Unterstützung von den Grünen und der SP, doch es gibt Widerstand aus den eigenen Reihen. Zahlreiche Pflegeverbände – darunter Spitex Schweiz, Curaviva und H+, der Verband der Schweizer Spitäler, – lehnen die Initiative ab und plädieren für den indirekten Gegenvorschlag, den das Parlament ausgearbeitet hat. Dieser zielt auf die finanzielle Unterstützung der angehenden Pflegefachkräfte und die Erweiterung ihrer Kompetenzen. Wird die Initiative abgelehnt, tritt der Gegenvorschlag in Kraft.

Marianne Pfister ist Geschäftsführerin von Spitex Schweiz. Ihre Organisation teile grundsätzlich die Anliegen des SBK. Doch: «Die Situation in der Pflege ist prekär. Wir müssen sofort handeln und haben keine Zeit mehr, die Bedingungen zuerst auszuhandeln.» Deshalb unterstütze Spitex Schweiz den Gegenvorschlag: «Er erlaubt, dass wir die griffigen Massnahmen rasch umsetzen können. Bei Annahme der Initiative würde das wohl noch Jahre dauern.»

Tatsache ist: Wenn das Volk die Pflege-Initiative annimmt, wird es mit grosser Wahrscheinlichkeit mehrere Jahre dauern, bis ein Umsetzungsvorschlag vorliegt, der breit akzeptiert wird. Aus ebendiesem Grund hat auch H+, der nationale Verband der öffentlichen und privaten Spitäler und Pflegeinstitutionen, entschieden, die Initiative abzulehnen. «Wir brauchen sofortige und substanzielle Lösungen für den Pflegenotstand», sagt Direktorin Anne Bütikofer.

Die Ausbildungsinitiative ermögliche, dass innert weniger Jahre mehr Pflegefachkräfte zur Verfügung stehen würden. Die Pflege-Initiative geht zudem aus Sicht des Spitalverbands in einigen Punkten zu weit: «Bessere Arbeitsbedingungen nur für eine bestimmte Berufsgruppe können nicht auf Verfassungsebene gelöst werden», so Bütikofer.

## Reichen 18 Monate für die Umsetzung?

Ähnliche Argumente führt Daniel Höchli an. Er ist Direktor von Curaviva, einem Branchenverband, der landesweit mehr als 2700 Institutionen für Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Menschen im Alter vertritt. Auch Höchli verweist auf die rasche Umsetzbarkeit des Gegenvorschlags: «Er kann schnell auf die Problematik des Fachkräftemangels einwirken. Zusammen mit der Attraktivitätssteigerung des Berufs können die Personalengpässe rasch entschärft werden.»

Der SBK entgegnet der Kritik: «Wir haben in den Übergangsbestimmungen der Initiative verankert, dass der Bundesrat innerhalb von 18 Monaten nach Annahme Massnahmen gegen den Mangel an Pflegefachkräften erlassen muss.» Geschäftsführerin Yvonne Ribi gibt aber zu: «Letztlich hängt es vom Parlament ab, wie lange es dauert, die Gesetze auszuarbeiten.»



Spitex Schweiz will, dass dem Mangel an Pflegefachkräften rasch entgegengewirkt wird. Bild: Keystone

#### Gleichentags erschienen in

- Aargauer Zeitung - Ausgabe Brugg
- Aargauer Zeitung - Ausgabe Freiamt
- Aargauer Zeitung - Ausgabe Fricktal
- Appenzeller Zeitung
- Badener Tagblatt
- Bote der Urschweiz
- bz – Zeitung für die Region Basel
- Der Rheintaler
- Grenchner Tagblatt
- Limmattaler Zeitung
- Luzerner Zeitung
- Nidwaldner Zeitung
- Obwaldner Zeitung
- Oltnen Tagblatt
- Solothurner Zeitung
- St. Galler Tagblatt
- Thurgauer Zeitung
- Urner Zeitung
- Walliser Bote
- Wiler Zeitung
- Werdenberger & Obertoggenburger
- Zofinger Tagblatt

# Spitäler stellen sich gegen die Pflege-Initiative

 Medinside | H+ | 06.10.2021

Die Schweizer Spitäler weibeln für den Gegenvorschlag zur Pflege-Initiative. Und zwar mit dem Argument, die Initiative ändere zu wenig.

Die Pflegeinitiative verzögere die Behebung des Fachkräftemangels: Aus diesem Grund wirbt der Spitalverband Hplus für ein Nein. Würde die Initiative angenommen, drohe «ein jahrlanger Prozess mit ungewissem Ausgang». Der Bundesrat müsste eine Botschaft erarbeiten, und die Beratungen im Parlament würden wieder bei null beginnen.

## Ist der Gegenvorschlag besser als nichts?

Die Spitäler schlagen dafür umso beherzter eine Bresche für den indirekten Gegenvorschlag, dem das Parlament im März zugestimmt hat. Hplus bezeichnet ihn als «sofortige, substanzielle und verbindliche Alternative, um dem drohenden Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen.»

Der indirekte Gegenvorschlag sei sofort umsetzbar. Bereits ab nächstem Jahr gebe es dann Ausbildungsbeiträge und mehr Kompetenzen für das Pflegefachpersonals.

## Initianten trauen Gegenvorschlag nicht

Dieser indirekte Gegenvorschlag befriedigt allerdings die Urheber der Pflege-Initiative nicht. Sie bemängeln: Bundesbeiträge für die Pflege-Ausbildung gibt es nur dann, wenn die Kantonsparlamente die gleiche Summe beitragen. «In allen Kantonen, die das Budget einmalig oder jährlich wiederkehrend ablehnen, bleibt das Bundesgesetz toter Buchstabe», sagt Yvonne Ribi, die Geschäftsführerin des Pflegefachverbands SBK-ASI und Mitglied des Initiativkomitees, in einer Mitteilung.

Auch in anderen Punkten geht dem Initiativkomitee der indirekte Gegenvorschlag zu wenig weit. Es fehlen Vorschriften für bessere Arbeitsbedingungen: Etwa die frühzeitige und verbindliche Bekanntgabe der Dienstpläne, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, familienfreundliche Strukturen und Möglichkeiten zu Lohnerhöhungen. Ausserdem wollen die Initianten maximale Patientenzahlen pro Pflegefachpersonen festlegen.

## Spitäler regeln lieber kantonal oder verbandsintern

Die Spitäler ihrerseits finden, dass solche Forderungen nicht mit gesamtschweizerischen Vorschriften erfüllt werden können. «Sie sind auf kantonaler Ebene und im bewährten sozialpartnerschaftlichen Dialog anzugehen», schreiben die Verbände der Spitäler, der Langzeitpflege-Institutionen (Senesuisse) und der privaten Spitexorganisationen (ASPS) in einer gemeinsamen Mitteilung.

### **Initiative und Gegenvorschlag in Kürze:**

Der Gegenvorschlag sieht vor:

- **Ausbildungsoffensive:** Der Bund spricht Ausbildungsbeiträge von einer Milliarde Franken über acht Jahre.
- **Neue Kompetenzen:** Pflegefachleute dürfen bestimmte Pflegeleistungen ohne ärztlichen Auftrag erbringen und selbstständig abrechnen.

Die Initiative sieht zusätzlich vor:

- **Pflegefachleute im Beruf halten:** Mit besseren und familienverträglichen Arbeitsbedingungen.
- **Sicherung der Pflegequalität:** Mehr Personal pro Schicht.

# Se il paziente da salvare è il personale sanitario

 Corriere del Ticino | 07.10.2021

I professionisti della salute scarseggiano — Per i sostenitori dell'iniziativa sulle cure infermieristiche, sulla quale si voterà il 28 novembre, il controprogetto del Parlamento non basta per risolvere la situazione Marina Carobbio: «Se non si migliorano le condizioni di lavoro, a che pro puntare sulla formazione?»

Crisi - Per quanto abbiano potuto far piacere, gli applausi non possono bastare: la situazione attuale nel settore delle cure sanitarie è diventata insostenibile e occorre porvi rimedio. Lo ha ribadito il comitato a favore dell'iniziativa popolare «Per cure infermieristiche forti », in votazione il 28 novembre. Secondo il comitato interpartitico a favore del testo, che ha presentato i suoi argomenti davanti ai media a Berna, per salvare la situazione - aggravatasi con la pandemia - il controprogetto proposto dal Parlamento non basta, poiché non prevede misure per migliorare le condizioni di lavoro e il finanziamento delle prestazioni di cura. Elementi che permetterebbero di aumentare gli effettivi del personale.

## L'emorragia continua

La carenza di personale infermieristico è da tempo una realtà: nel terzo trimestre di quest'anno, il sito Job Radar indicava 11.717 posti vacanti nel settore delle cure, la maggior parte dei quali (6.266) riguardavano il personale infermieristico, ha sottolineato la presidente dell'Associazione svizzera delle infermiere e degli infermieri (ASI), Sophie Ley.

Secondo Ley, più del 40% dei curanti abbandona prematuramente la professione, e un terzo di loro prima dei 35 anni. Il personale è allo stremo delle forze. Troppi collaboratori sono esauriti e lasciano la professione perché non vedono prospettive di miglioramento. «E la COVID-19 ha ulteriormente aumentato il carico di lavoro», ha aggiunto. Cosa che «accresce il rischio di errori che potrebbero essere evitati se ci fosse sufficiente personale ». Attualmente, per la presidente dell'ASI, è quasi impossibile mantenere la qualità delle cure.

L'iniziativa, ha spiegato Ley, è la risposta all'inazione del Consiglio federale, che per anni ha ignorato il problema. Ora la penuria di personale rischia di aggravarsi se non si fa nulla: la popolazione infatti invecchia e aumentano le malattie croniche e acute, che richiedono persone formate e in grado di fornire cure professionali. L'offensiva per la formazione contenuta nel controprogetto delle Camere federali però non basta per i sostenitori dell'iniziativa.

## Una soluzione insufficiente

Introducendo la fatturazione diretta da parte del personale di cura, il controprogetto indiretto (che entrerà in vigore se l'iniziativa sarà respinta) riprende una delle richieste avanzate nell'iniziativa, ma aggiunge degli strumenti per evitare un'esplosione dei costi sanitari. Da parte sua, quindi, il Consiglio federale dovrà stilare una lista di cure che possono essere somministrate senza mandato medico. I fornitori di prestazioni e gli assicuratori dovranno però al contempo concludere un accordo per monitorare il mercato.

Il fulcro del controprogetto riguarda la formazione degli infermieri. La Confederazione è pronta a spendere 469 milioni di franchi. I Cantoni dovranno provvedere invece ai bisogni dei giovani in formazione. Ai Cantoni spetterà poi determinare le condizioni e gli importi delle sovvenzioni.

Il principale punto debole del controprogetto, secondo il comitato promotore, sta però proprio qui. Ovvero nel fatto che l'offensiva per la formazione di personale con fondi federali si realizzerebbe a patto che i Parlamenti cantonali stanziino lo stesso importo. Nei cantoni che dovessero rifiutare questo budget, la legge federale resterebbe lettera morta. Formare il personale inoltre non basta: occorre rendere la professione del personale di cura più attrattiva. Per questo, a detta della consigliera agli Stati Marina Carobbio, occorre una pianificazione dei turni affidabile e tempestivamente annunciata, opportunità di sviluppo professionale, strutture favorevoli alla famiglia e possibilità di aumenti salariali. Se non cambia qualcosa nelle condizioni di lavoro, diventate ancora più difficili con la pandemia in Ticino e altrove, a che pro lanciare un'offensiva per la formazione?

Per i favorevoli, infine, solo l'iniziativa assicura che ci siano abbastanza infermieri in tutti i reparti degli ospedali. Il testo prevede infatti che un'infermiera o un infermiere possa essere responsabile solamente di un numero massimo di pazienti, a seconda della sua area di competenza. Ciò garantisce la qualità, la sicurezza dei pazienti e aumenta la soddisfazione sul lavoro e quindi la durata della permanenza nella professione del personale di cura.

**Con la popolazione che invecchia le cure infermieristiche si rendono sempre più necessarie**



Un terzo lascia prima dei 35 anni. © CDT/GABRIELE PUTZU

# Un "sì" per cure migliori

 RSI La 1 | 06.10.2021

Votazioni del 28 novembre: lanciano la loro campagna i promotori della iniziativa "Per cure infermieristiche forti"

Il personale curante non dispone più del tempo indispensabile per prestare cure di qualità, sicure e umane. Per superare l'insostenibilità di questa situazione, resa più grave dalla pandemia, va quindi approvata l'iniziativa in votazione il prossimo 28 novembre. Il controprogetto adottato dalle Camere non è invece sufficiente.

Con queste argomentazioni i promotori del testo hanno aperto oggi, mercoledì, la loro campagna in vista del voto. In evidenza, le difficoltà che sta vivendo il settore: nel primo trimestre dell'anno risultavano vacanti in Svizzera 6'266 posti legati al personale infermieristico. Inoltre, segnala il comitato, più del 40% dei curanti abbandona prematuramente la professione.

"I curanti sono da tempo allo stremo delle loro forze. Troppi sono esauriti e lasciano perchè non vedono prospettive di miglioramento", sottolinea Sophie Ley, presidente dell'Associazione svizzera delle infermiere e degli infermieri (ASI). **ATS/ARi**

 [Comincia il video, durata: 02:28](#)

# Initiative soll den Pflegenotstand beheben

 Südostschweiz Bündner Zeitung | 07.10.2021

Das Initiativkomitee der Pflegeinitiative kritisiert den Gegenvorschlag zur Initiative als ungenügend. Nur die Initiative sichere die gewünschte Qualität in der Pflege.

## Michael Schneider

Gegen den Pflegenotstand in der Schweiz braucht es mehr Massnahmen als bloss mehr Fachleute. Dies ist das Hauptargument des Komitees hinter der Initiative «Für eine starke Pflege», über die am 28. November abgestimmt wird. Es hat am Mittwoch in Bern seine Position dargelegt.

«Der Pflegenotstand ist keine Drohung, er ist längst Realität», sagte Sophie Ley, Präsidentin des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) vor den Medien. Die Pflegenden arbeiteten schon lange bis zur Erschöpfung.

## Tausende unbesetzte Stellen

Aktuell sind gemäss dem Initiativkomitee über 11 000 Pflegestellen in der Schweiz unbesetzt, es fehlten 6200 Pflegefachpersonen. Die aktuelle Situation sei unhaltbar, weil die Zeit für eine gute, sichere und menschliche Pflege fehle. Die Pandemie verstärkte diesen Trend noch, warnte die Tessiner Ständerätin Marina Carobbio Guscetti (SP). Damit Pflegenden länger im Beruf blieben, brauche es eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Bei einer Annahme der Initiative würde der Bund dazu künftig Vorschriften erlassen.

Was die Pflegeinitiative fordere, sei einfach, sagte der Thurgauer Mitte-Nationalrat Christian Lohr: «Es braucht genügend Pflegefachpersonen auf allen Schichten.» Vorschriften zur Mindestanzahl diplomierter Pflegefachleute pro Bereich seien deshalb notwendig. Yvonne Ribi, Geschäftsführerin des SBK und Mitglied des Initiativkomitees, erklärte, dass die Patientensicherheit in direktem Zusammenhang stehe mit der Personalsituation. Es gebe nationale und internationale Analysen, die zeigten, dass es bei Patientinnen und Patienten zu mehr Komplikationen komme, wenn nicht genug Fachpersonal eingeteilt werden könne.

## Kritik am Gegenvorschlag

Durch die Initiative soll in der Verfassung verankert werden, dass Bund und Kantone die Pflege als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung fördern. Sie sollen für eine ausreichende, allen zugängliche Pflege von hoher Qualität sorgen und sicherstellen, dass genügend Pflegefachpersonen zur Verfügung stehen.

Auch die Attraktivität der Pflegeberufe soll gesteigert werden. Dazu gehört, dass die Pflegefachpersonen ihre eigenverantwortlich erbrachten Leistungen selbstständig mit den Krankenkassen abrechnen dürfen.

Das Parlament empfiehlt die Initiative zur Ablehnung und hat einen indirekten Gegenvorschlag verabschiedet. Bei diesem steht die Förderung der Ausbildung der Pflegenden im Zentrum. Das Initiativkomitee sieht allerdings auch in diesem Bereich Schwächen des Gegenvorschlags: Die Bundesmittel dafür würden nur dann gesprochen, wenn die Kantonsparlamente die gleiche Summe bewilligten.

## Verzögerungen befürchtet

Das Initiativkomitee rechnete damit, dass bei einer Annahme der Initiative rasch Massnahmen umgesetzt werden können – auch, weil das Thema im Parlament bereits breit diskutiert wurde. Anders schätzten der Spitalverband H+, der Heimverband Senesuisse und der Verband der privaten Spitexorganisationen (ASPS) die Lage ein. Sie empfahlen am Mittwoch in einer Mitteilung ein Nein zur Initiative sowie die Annahme des Gegenvorschlags.

Bei einer Annahme der Initiative würde das Ringen um konkrete Massnahmen erneut beginnen, warnten sie. Vor allem bei der Behebung des Fachkräftemangels befürchten die Verbände jahrelange Verzögerungen. Sie wandten sich ausserdem dagegen, Bestimmungen zu den Arbeitsbedingungen auf Bundesebene festzuschreiben. Derartige Fragen seien im kantonalen Recht und im Rahmen der Sozialpartnerschaft zu regeln.



Wollen mehr als nur Applaus: Yvonne Ribi, Sophie Ley und Marina Carobbio Guscetti (von links) werben für die Pflegeinitiative.

### Gleichen tags erschienen in

- Bündner Tagblatt
- Linth-Zeitung

# Unterstützung für Pflegepersonal: Ja zur Pflegeinitiative

 [Tele Bärn](#) | 07.10.2021

In den Corona-Zeiten ist das Pflegepersonal in Spitälern vermehrt im Anschlag - die Situation war jedoch schon vor der Pandemie angespannt. Nun soll die vom Parlament lancierte Pflegeinitiative die Lage mit Berufsausbildungen und Mitarbeiter-Garantien schlichten. (Bildaufnahmen aus dem Inselspital)

 [Video starten, Dauer 01:53](#)

## Gleichentags erschienen in

- Tele 1
- Tele M1
- Tele Züri
- TVO

# Pflegeinitiative: Befürworter legen ihr Argumente dar

 [nau.ch](#) | Spitex, H+ | 07.10.2021

Am 28. November wird über die Pflegeinitiative abgestimmt. An einer Pressekonferenz lieferten die Befürworter ihre Argumente.

Gegen den Pflegenotstand braucht es mehr Massnahmen als bloss mehr Fachleute. Dies ist das Hauptargument des Komitees hinter der Initiative «Für eine starke Pflege», über die am 28. November abgestimmt wird. Es hat am Mittwoch in Bern seine Position dargelegt.

«Der Pflegenotstand ist keine Drohung, er ist längst Realität», sagte Sophie Ley, Präsidentin des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK), vor den Medien.

## Die Pflegenden arbeiteten schon lange bis zur Erschöpfung

Aktuell sind gemäss dem Initiativkomitee über 11'000 Pflegestellen in der Schweiz unbesetzt, es fehlten 6200 Pflegefachpersonen. Die aktuelle Situation sei unhaltbar, weil die Zeit für eine gute, sichere und menschliche Pflege fehle.

Die Pandemie verstärkte diesen Trend noch, warnte die Tessiner Ständerätin [Marina Carobbio](#) Guscetti (SP). Damit Pflegenden länger im Beruf blieben, brauche es eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Bei einer Annahme der Initiative würde der Bund dazu künftig Vorschriften erlassen.

Was die Pflegeinitiative fordere, sei einfach, sagte der Thurgauer Mitte-[Nationalrat](#) Christian Lohr: «Es braucht genügend Pflegefachpersonen auf allen Schichten». Vorschriften zur Mindestanzahl diplomierter Pflegefachleute pro Bereich seien deshalb notwendig.

## Pflegeinitiative: Initianten wollen Attraktivität des Berufs steigern

Yvonne Ribi, Geschäftsführerin des SBK und Mitglied des Initiativkomitees, erklärte, dass die Patientensicherheit in direktem Zusammenhang stehe mit der Personalsituation. Es gebe nationale und internationale Analysen, die zeigten, dass es bei Patientinnen und Patienten zu mehr Komplikationen komme, wenn nicht genug Fachpersonal eingeteilt werden könne.

Durch die Initiative soll in der Verfassung verankert werden, dass Bund und Kantone die Pflege als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung fördern. Sie sollen für eine ausreichende, allen zugängliche Pflege von hoher Qualität sorgen und sicherstellen, dass genügend Pflegefachpersonen zur Verfügung stehen.

Auch die Attraktivität der Pflegeberufe soll gesteigert werden. Dazu gehört, dass die Pflegefachpersonen ihre eigenverantwortlich erbrachten Leistungen selbständig mit den [Krankenkassen](#) abrechnen dürfen.

## «Indirekter Gegenvorschlag genügt nicht»

Das [Parlament](#) empfiehlt die Initiative zur Ablehnung und hat einen indirekten Gegenvorschlag verabschiedet. Bei diesem steht die Förderung der Ausbildung der Pflegenden im Zentrum. Das Initiativkomitee sieht allerdings auch in diesem Bereich Schwächen des Gegenvorschlags: Die Bundesmittel dafür würden nur dann gesprochen, wenn die Kantonsparlamente die gleiche Summe bewilligten.

Das Initiativkomitee rechnete damit, dass bei einer Annahme der Initiative rasch Massnahmen umgesetzt werden können - auch, weil das Thema im [Parlament](#) bereits breit diskutiert wurde.

Anders schätzten der Spitalverband H+, der Heimverband Senesuisse und der Verband der privaten Spitexorganisationen (ASPS) die Lage ein. Sie empfahlen am Mittwoch in einer Mitteilung ein Nein zur Initiative sowie die Annahme des Gegenvorschlags.

Bei einer Annahme der Initiative würde das Ringen um konkrete Massnahmen erneut beginnen, warnten sie. Vor allem bei der Behebung des Fachkräftemangels befürchten die Verbände jahrelange Verzögerungen. Sie wandten sich ausserdem dagegen, Bestimmungen zu den Arbeitsbedingungen auf Bundesebene festzuschreiben. Derartige Fragen seien im kantonalen Recht und im Rahmen der Sozialpartnerschaft zu regeln. **(sda)**

# Mit der Pflege-Initiative gegen eine «unhaltbare Situation»

 Radio SRF 4 News | 06.10.2021

## Abstimmung am 28. November

- Am 28. November entscheiden Volk und Stände über die Volksinitiative «Für eine starke Pflege», die sogenannten Pflege-Initiative.
- Das Initiativkomitee hat seine Argumente präsentiert: Die Vorlage Sorge dafür, dass wieder genügend Pflegende im Beruf tätig seien.

Die Pflege-Initiative gewährleiste qualifiziertes Personal und sichere die Pflegequalität, die aktuell gefährdet sei, teilte das Initiativkomitee mit. Aktuell seien über 11'000 Pflegestellen in der Schweiz unbesetzt, es fehlten 6200 Pflegefachpersonen. Die aktuelle Situation sei unhaltbar, weil die Zeit für eine gute, sichere und menschliche Pflege fehle.

## «Pflegende am Rand der Erschöpfung»

Die Pflegenden seien chronisch überlastet, erschöpft und frustriert, so das Komitee. Viele gut ausgebildete Pflegende würden den Beruf nach wenigen Jahren wieder verlassen. Die Unterbesetzung von Pflegenden werde zum belastenden Dauerzustand für jene, die blieben.

Die Pflege-Initiative gewährleiste qualifiziertes Personal und sichere die Pflegequalität, die aktuell gefährdet sei, teilte das Initiativkomitee mit. Aktuell seien über 11'000 Pflegestellen in der Schweiz unbesetzt, es fehlten 6200 Pflegefachpersonen. Die aktuelle Situation sei unhaltbar, weil die Zeit für eine gute, sichere und menschliche Pflege fehle.

## Förderung der Pflege

Die Pflegenden seien chronisch überlastet, erschöpft und frustriert, so das Komitee. Viele gut ausgebildete Pflegende würden den Beruf nach wenigen Jahren wieder verlassen. Die Unterbesetzung von Pflegenden werde zum belastenden Dauerzustand für jene, die blieben.

### Initiative und indirekter Gegenvorschlag

Die **Pflege-Initiative** verlangt, dass Bund und Kantone für eine ausreichende, allen zugängliche Pflege von hoher Qualität sorgen. Sie sollen sicherstellen, dass genügend diplomiertes Pflegepersonal für den zunehmenden Bedarf der alternden Gesellschaft zur Verfügung steht.

Die in der Pflege tätigen Personen sollen entsprechend ihrer Ausbildung und ihren Kompetenzen eingesetzt werden. So soll der Bund die Arbeitsbedingungen in den Spitälern, Heimen und Spitexorganisationen verbindlich regeln. Dazu zählt die Höhe der Löhne.

Zudem sollen Pflegefachpersonen gewisse Pflegeleistungen selbständig direkt mit der obligatorischen Krankenpflegeversicherung oder anderen Sozialversicherungen abrechnen können. Heute können sie grundsätzlich nur die Leistungen abrechnen, die von einer Ärztin oder einem Arzt angeordnet worden sind.

Dem Bundesrat und einer Mehrheit des Parlaments geht dieser Vorschlag zu weit. Das Parlament hat deshalb einen **indirekten Gegenvorschlag** zur Volksinitiative verabschiedet. Dieser Vorschlag tritt in Kraft, wenn die Initiative abgelehnt wird und der Gegenvorschlag nicht erfolgreich mit einem Referendum bekämpft wird.

Der Gegenvorschlag sieht unter anderem vor, dass Bund und Kantone für die nächsten acht Jahre rund eine Milliarde Franken in die Ausbildung von Pflegepersonal investieren. Mit dem Geld sollen sowohl Studierende als auch Spitäler, Pflegeheime und Spitexorganisationen unterstützt werden, die Pflegepersonal ausbilden.

Zudem sollen Fachhochschulen und höhere Fachschulen Geld erhalten, wenn sie die Zahl der Ausbildungsplätze erhöhen.

 [Audio starten, Dauer: 04:02](#)

# Pflegende können ihre Aufgaben kaum mehr bewältigen

Eine Bildungsoffensive reiche nicht, um den Pflegenotstand abzuwenden. Es brauche auch verbesserte Arbeitsbedingungen, sagt das Ja-Komitee der Pflege-Initiative.

## Leonardo Siviglia

Wer den aktuellen Versorgungsbericht für das Gesundheitspersonal liest, dem wird schnell klar: Es wird gewarnt. Gewarnt vor Engpässen in der Pflege.

Dies ist nichts Neues, weshalb in den letzten Jahren auch die Nachwuchsrekrutierung stark verbessert werden konnte. Das Problem: Viele Pflegende steigen bereits nach wenigen Jahren aus ihrem Beruf aus. So liegt die aktuellste Ausstiegsquote bei diplomierten Pflegefachpersonen zwischen 20 und 24 Jahren bei 36 Prozent, bei den 25 bis 29-Jährigen über 27 Prozent und bei bis 34-Jährigen bei 34.5 Prozent.

## Es ist, wie wenn man ein Sieb mit Wasser füllen will. - Yvonne Ribi, Geschäftsführerin SBK

Genau dagegen will die Pflege-Initiative ankämpfen. Sie gewährleiste qualifiziertes Personal und sichere die Pflegequalität, die aktuell gefährdet sei, teilte das Ja-Komitee heute an seiner Pressekonferenz mit.

Über 11'000 Stellen seien zurzeit unbesetzt. Die Pflegenden seien chronisch überlastet, erschöpft und frustriert, sagt das Komitee. Die Unterbesetzung von Pflegenden werde zum belastenden Dauerzustand für jene, die blieben.

## Die beiden Vorlagen im Detail

Die Pflege-Initiative will ...

- ... den Pflegeberuf via Verfassungsartikel stärken.
- ... dass der Bund für anforderungsgerechte Arbeitsbedingungen sorgt.
- ... dass der Bund für eine angemessene Abgeltung der Pflegeleistung sorgt.
- ... dass der Bund Möglichkeiten zur beruflichen Entwicklung schafft.
- ... dass die Pflegenden direkt und ohne ärztliche Unterschrift mit den Krankenkassen abrechnen können.

Der Gegenvorschlag will ...

- ... bis zu 1 Milliarde Franken in eine Bildungsoffensive in der Pflege investieren.
- ... Kontrollmechanismen einrichten, damit die Krankenkassenprämien durch die Selbstabrechnung nicht steigen.
- ... die Möglichkeit einer Begrenzung von direkt abrechnendem Pflegepersonal offen lassen, falls die Kosten steigen.

Der Gegenvorschlag des Bundes bringe mit seiner Bildungsoffensive zwar gute Argumente ein, reiche aber bei Weitem nicht aus, um den Notstand zu beenden. Es sei, wie wenn man ein Sieb mit Wasser füllen wolle, sagt Yvonne Ribl, Geschäftsführerin des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK). Ausbildung alleine reiche nicht. Der Beruf und die Arbeitsbedingung müssten besser und interessanter werden.

## Aufgaben einer Schicht fast nicht zu bewältigen

Dem pflichtet auch Timon Nielsen bei. Er arbeitete 20 Jahre lang in der Pflegebranche und möchte diese Zeit nicht missen – aber die Arbeitsbedingungen seien zusehends schlechter geworden.

Nielsen sagt, es habe nicht den einen Moment gegeben, der ihn habe merken lassen, dass er nicht mehr könne. Der Prozess sei schleichend gekommen. Die Aufgaben, die in einer Schicht hätten bewältigt werden sollen, waren kaum mehr tragbar.

Für alles hatte Nielsen zu wenig Zeit. Und es ging sogar so weit, dass er nicht einmal mehr wusste, wen er überhaupt pflegte. Auch selbst wurde er zunehmend resignierter, war nicht mehr glücklich und entschied schliesslich, eine Schreinerei aufzumachen. Sein Appell: Es ist höchste Eisenbahn für ein Ja zur Pflege-Initiative.

Die Pflege ist ein schöner Beruf, in dem einem viel Dankbarkeit entgegengebracht wird. - Diana Carlini, Pflegefachfrau FH in Ausbildung

Trotz all dieser Widrigkeiten arbeiten Diana Carlini und ihre Freundinnen gerne in der Pflege. Es sei ein schöner Beruf, in dem einem viel Dankbarkeit entgegengebracht werde. Auch Deborah Bächler ist der Meinung, die Wertschätzung der Patienten sei gross.

Die Studentinnen sehen jedoch die Problematik, die der Job mit sich bringt: Unterbesetzung, Stress, geringe Löhne und teils zu wenig Zeit, um richtig zu pflegen. Die Zukunft in ihrer Branche macht den Studentinnen zum Teil Sorgen. Nicht nur in Bezug auf sich selbst, sondern auf die Pflegesicherheit allgemein. Sie wisse nicht, wie die Pflegesicherheit in ein paar Jahren aussehen wird, gerade auch mit Blick auf ihre Eltern und Grosseltern, sagt Valérie Wyss.

Ob die Pflege-Initiative angenommen wird oder das Volk den Gegenvorschlag vorzieht, wird sich zeigen. Sicher bleibt: Die Pflege und die Gewährleistung der Qualität in dieser Branche wird auch nach Corona eine Frage sein, mit der sich die Gesellschaft auseinandersetzen wird.

[Video starten, Dauer: 04:39](#)

---

## Abstimmung «Pflegeinitiative»: Die Befürworter

**Datum**  
06.10.2021  
**Sendung**  
Tagesschau  
**Dauer**  
**Startzeit**

Genügend Personal auf den Schichten, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, Spielraum für Lohnanpassungen: Das Sorge für bessere Arbeitsbedingungen und damit für mehr Qualität in der Pflege – sagen die Befürworter der «Pflegeinitiative».

[Video starten, Dauer: 02:05](#)

# Widerstand gegen die Pflegeinitiative

Am 28. November entscheiden Volk und Stände über die Volksinitiative «Für eine starke Pflege», die sogenannten Pflegeinitiative. In der Gesundheitsbranche ist die Initiative allerdings umstritten.



Medienecho | 07.10.2021

---

Warum die Spitex, Curaviva und der Spitalverband gegen die Pflegeinitiative sind



aargauerzeitung.ch | 07.10.2021

---

Die Pflegeinitiative weckt falsche Hoffnungen - Kommentar



Neue Zürcher Zeitung NZZ | 07.10.2021

---

Ausgerechnet die Spitex ist gegen die Pflege-Initiative



Aargauer Zeitung - Ausgabe Aarau | 07.10.2021

---

Spitäler stellen sich gegen die Pflege-Initiative



Medinside | 06.10.2021

---

# Warum die Spitex, Curaviva und der Spitalverband gegen die Pflegeinitiative sind

 [aargauerzeitung.ch](https://aargauerzeitung.ch) | Spitex, H+ | 07.10.2021

Am 28. November stimmt das Schweizer Volk über die Pflegeinitiative ab. Wird diese abgelehnt, tritt der indirekte Gegenvorschlag in Kraft. Die Vorlage spaltet die Gesundheitsverbände – vor allem aus einem Grund.

## Chiara Stäheli

In weniger als zwei Monaten stimmen wir über die Pflegeinitiative ab. Sie hat zum Ziel, die Arbeitsbedingungen für Pflegefachpersonen zu verbessern und die Attraktivität der Pflegeberufe zu steigern. Die Initiantinnen haben gestern mit einer Medienkonferenz die Ja-Kampagne lanciert. Federführend ist der Berufsverband der diplomierten Pflegefachpersonen (SBK).

## Pflegenotstand lässt kein Warten zu

Der Verband geniesst zwar Unterstützung von den Grünen und der SP, doch es gibt Widerstand aus den eigenen Reihen. Zahlreiche Pflegeverbände – darunter Spitex Schweiz, Curaviva und H+, der Verband der Schweizer Spitäler, – lehnen die Initiative ab und plädieren für den indirekten Gegenvorschlag, den das Parlament ausgearbeitet hat. Dieser zielt auf die finanzielle Unterstützung der angehenden Pflegefachkräfte und die Erweiterung ihrer Kompetenzen. Wird die Initiative abgelehnt, tritt der Gegenvorschlag in Kraft.

Marianne Pfister ist Geschäftsführerin von Spitex Schweiz. Ihre Organisation teile grundsätzlich die Anliegen des SBK. Doch:

**«Die Situation in der Pflege ist prekär. Wir müssen sofort handeln und haben keine Zeit mehr, die Bedingungen zuerst auszuhandeln.»**

Deshalb unterstütze Spitex Schweiz den indirekten Gegenvorschlag: «Er erlaubt, dass wir die griffigen Massnahmen rasch umsetzen können. Bei Annahme der Initiative würde das wohl noch Jahre dauern», so Pfister weiter.

Tatsache ist: Wenn das Volk die Pflegeinitiative annimmt, wird es mit grosser Wahrscheinlichkeit mehrere Jahre dauern, bis ein Umsetzungsvorschlag vorliegt, der breit akzeptiert wird.

Aus ebendiesem Grund hat auch H+, der nationale Verband der öffentlichen und privaten Spitäler und Pflegeinstitutionen, entschieden, die Initiative abzulehnen. «Wir brauchen sofortige und substanzielle Lösungen für den Pflegenotstand», sagt Direktorin Anne Bütikofer. Die Ausbildungsoffensive ermögliche, dass innert weniger Jahre mehr Pflegefachkräfte zur Verfügung stehen würden.

Die Pflegeinitiative geht zudem aus Sicht des Spitalverbands in einigen Punkten zu weit: «Bessere Arbeitsbedingungen nur für eine bestimmte Berufsgruppe sowie eine bestimmte Anzahl Pflegende pro

Schicht können nicht auf Verfassungsebene gelöst werden», so Bütikofer. Dies müsse man kantonal im sozialpartnerschaftlichen Dialog regeln.

## Reichen 18 Monate für die Umsetzung?

Ähnliche Argumente führt Daniel Höchli an. Er ist Direktor von Curaviva, einem Branchenverband, der landesweit mehr als 2700 Institutionen für Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Menschen im Alter vertritt. Auch Höchli verweist auf die rasche Umsetzbarkeit des Gegenvorschlags: «Er kann schnell auf die Problematik des Fachkräftemangels einwirken. Zusammen mit der Attraktivitätssteigerung des Berufs können die Personalengpässe rasch entschärft werden.»

Der SBK entgegnet der Kritik: «Wir haben in den Übergangsbestimmungen der Initiative verankert, dass der Bundesrat innerhalb von 18 Monaten nach Annahme Massnahmen gegen den Mangel an Pflegefachkräften erlassen muss.» Geschäftsführerin Yvonne Ribi gibt aber zu: «Letztlich hängt es vom Parlament ab, wie lange es dauert, die Gesetze auszuarbeiten.»

# Die Pflegeinitiative weckt falsche Hoffnungen - Kommentar

 Neue Zürcher Zeitung NZZ | 07.10.2021

## Kampf gegen Fachkräftemangel

**Simon Gehli**

Über 10 000 Stellen in der Pflege sind derzeit in der Schweiz unbesetzt, besonders bei anspruchsvollen Funktionen herrscht grosser Mangel. Und dieser wird sich noch verschärfen, wenn die heute 55- bis 75-jährigen Babyboomer in ein Alter kommen, in dem sie vermehrt auf Pflege angewiesen sind.

Angesichts dieser Umstände und des grossen Sympathiebonus, den sich die Pflegenden in der Corona-Pandemie erworben haben, dürfen die Initiantinnen des Volksbegehrens «für eine starke Pflege» bei der Abstimmung am 28. November auf ein Ja hoffen. Die Pflegeinitiative verspricht, für mehr Nachwuchs und eine längere Verweildauer im Beruf zu sorgen. Trotzdem wäre es besser, wenn das Volk die Initiative versenkt. Denn es gibt einen indirekten Gegenvorschlag, der in vielerlei Hinsicht überzeugender ist.

Die Initiative stammt von der Lobbyorganisation der Pflegefachleute. Das erklärt, warum im Initiativtext nur von dieser Gruppe die Rede ist, nicht aber von anderen, ebenfalls wichtigen Berufsgattungen wie den Fachangestellten Gesundheit (FaGe). Eine solche Privilegierung eines einzelnen Berufszweiges wäre ein Fremdkörper in der Bundesverfassung. Dieses Argument mag man als Verfassungspurismus abtun. Es gibt jedoch auch handfeste politische Gründe, die gegen das Volksbegehren sprechen.

Dieses unterscheidet sich vom Gegenvorschlag in zwei wesentlichen Punkten: Die Initianten verlangen einen nationalen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die Pflege. Und sie bestehen darauf, dass auf jeden Patienten eine bestimmte Anzahl Pflegefachpersonen kommen muss. Es mag gute Gründe für eine solche «nurse to patient ratio» geben: Mehr hochqualifizierte Pflegenden können die Behandlungsqualität erhöhen und sogar mithelfen, die Kosten zu senken, wenn die Patienten schneller gesund werden.

Aber eine solche Regelung ist nur dann sinnvoll, wenn genügend Pflegeexpertinnen zur Verfügung stehen, was ja heute gerade nicht der Fall ist. Besonders für Spitäler und Heime in Randregionen wäre es kaum möglich, die Quote zu erfüllen, bis die Ausbildungsoffensive – hoffentlich – irgendwann Früchte trägt. Sie müssten entweder auf einen Platz auf der Spitalliste und damit auf Gelder aus der Grundversicherung verzichten. Oder sie müssten einen Teil der Behandlungen streichen. Beides ist nicht im Sinne der Patientinnen und Patienten.

Ein GAV-Diktat widerspräche nicht nur dem Geist der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Angestellten. Ein nationaler Gesamtarbeitsvertrag würde auch regionalen Unterschieden nicht gerecht werden. Ihre Forderungen nach besseren Arbeitszeiten und höheren Löhnen müssten die Pflegerinnen auch so durchsetzen können. Schliesslich haben die Arbeitnehmer auf einem ausgetrockneten Arbeitsmarkt eine enorme Verhandlungsmacht. Eine Neuerung, auf die sie schon lange drängen und die ihren Beruf aufwerten soll, bringt auch der Gegenvorschlag den Pflegefachleuten: Sie können künftig selbständig über gewisse Behandlungen entscheiden und ihre Leistungen direkt den Krankenkassen in Rechnung stellen. Das Parlament hat aber klugerweise einen Sicherheitsmechanismus eingebaut: Sollten die Kosten explodieren, müssten sich die Pflegeanbieter und die Kassen auf Gegenmassnahmen einigen.

Zudem sieht der Gegenvorschlag maximal eine Milliarde Franken für eine Ausbildungsinitiative vor. Wenn es dadurch mehr Pflegefachfrauen gibt, führt dies zu einer Entlastung aller in der Pflege tätigen Personen – und dadurch sollte auch die hohe Ausstiegsquote sinken, die ein wesentlicher Grund für den Fachkräftemangel ist. Es ist zwar ein Schönheitsfehler der Parlamentsvorlage, dass sich die Kantone bei der Finanzierung der zusätzlichen Ausbildungsplätze querstellen können. Unter dem Strich überwiegen aber die Vorteile des Gegenvorschlags deutlich.

Entscheidend ist auch der Faktor Zeit: Während der Gegenvorschlag bei einem Nein zur Initiative rasch umgesetzt werden könnte, würden bei einem Ja Jahre verstreichen: Es brauchte noch eine gesetzliche Umsetzung des Verfassungsauftrages. Diese Zusatzschleife kann sich das Gesundheitswesen nicht leisten.

# Ausgerechnet die Spitex ist gegen die Pflege-Initiative

 Aargauer Zeitung - Ausgabe Aarau | Spitex, H+ | 07.10.2021

Die Vorlage des Pflegefachverbands ist in der Branche umstritten. Warum viele den Gegenvorschlag besser finden.

**Chiara Stäheli**

In weniger als zwei Monaten stimmen wir über die Pflege-Initiative ab. Sie hat zum Ziel, die Arbeitsbedingungen für Pflegefachpersonen zu verbessern und die Attraktivität der Pflegeberufe zu steigern. Die Initiantinnen haben gestern mit einer Medienkonferenz die Ja-Kampagne lanciert. Federführend ist der Berufsverband der diplomierten Pflegefachpersonen (SBK).

## Pflegenotstand lässt kein Warten zu

Der Verband geniesst zwar Unterstützung von den Grünen und der SP, doch es gibt Widerstand aus den eigenen Reihen. Zahlreiche Pflegeverbände – darunter Spitex Schweiz, Curaviva und H+, der Verband der Schweizer Spitäler, – lehnen die Initiative ab und plädieren für den indirekten Gegenvorschlag, den das Parlament ausgearbeitet hat. Dieser zielt auf die finanzielle Unterstützung der angehenden Pflegefachkräfte und die Erweiterung ihrer Kompetenzen. Wird die Initiative abgelehnt, tritt der Gegenvorschlag in Kraft.

Marianne Pfister ist Geschäftsführerin von Spitex Schweiz. Ihre Organisation teile grundsätzlich die Anliegen des SBK. Doch: «Die Situation in der Pflege ist prekär. Wir müssen sofort handeln und haben keine Zeit mehr, die Bedingungen zuerst auszuhandeln.» Deshalb unterstütze Spitex Schweiz den Gegenvorschlag: «Er erlaubt, dass wir die griffigen Massnahmen rasch umsetzen können. Bei Annahme der Initiative würde das wohl noch Jahre dauern.»

Tatsache ist: Wenn das Volk die Pflege-Initiative annimmt, wird es mit grosser Wahrscheinlichkeit mehrere Jahre dauern, bis ein Umsetzungsvorschlag vorliegt, der breit akzeptiert wird. Aus ebendiesem Grund hat auch H+, der nationale Verband der öffentlichen und privaten Spitäler und Pflegeinstitutionen, entschieden, die Initiative abzulehnen. «Wir brauchen sofortige und substanzielle Lösungen für den Pflegenotstand», sagt Direktorin Anne Bütikofer.

Die Ausbildungsinitiative ermögliche, dass innert weniger Jahre mehr Pflegefachkräfte zur Verfügung stehen würden. Die Pflege-Initiative geht zudem aus Sicht des Spitalverbands in einigen Punkten zu weit: «Bessere Arbeitsbedingungen nur für eine bestimmte Berufsgruppe können nicht auf Verfassungsebene gelöst werden», so Bütikofer.

## Reichen 18 Monate für die Umsetzung?

Ähnliche Argumente führt Daniel Höchli an. Er ist Direktor von Curaviva, einem Branchenverband, der landesweit mehr als 2700 Institutionen für Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Menschen im Alter vertritt. Auch Höchli verweist auf die rasche Umsetzbarkeit des Gegenvorschlags: «Er kann schnell auf die Problematik des Fachkräftemangels einwirken. Zusammen mit der Attraktivitätssteigerung des Berufs können die Personalengpässe rasch entschärft werden.»

Der SBK entgegnet der Kritik: «Wir haben in den Übergangsbestimmungen der Initiative verankert, dass der Bundesrat innerhalb von 18 Monaten nach Annahme Massnahmen gegen den Mangel an Pflegefachkräften erlassen muss.» Geschäftsführerin Yvonne Ribi gibt aber zu: «Letztlich hängt es vom Parlament ab, wie lange es dauert, die Gesetze auszuarbeiten.»



Spitex Schweiz will, dass dem Mangel an Pflegefachkräften rasch entgegengewirkt wird. Bild: Keystone

#### Gleichentags erschienen in

- Aargauer Zeitung - Ausgabe Brugg
- Aargauer Zeitung - Ausgabe Freiamt
- Aargauer Zeitung - Ausgabe Fricktal
- Appenzeller Zeitung
- Badener Tagblatt
- Bote der Urschweiz
- bz – Zeitung für die Region Basel
- Der Rheintaler
- Grenchner Tagblatt
- Limmattaler Zeitung
- Luzerner Zeitung
- Nidwaldner Zeitung
- Obwaldner Zeitung
- Oltner Tagblatt
- Solothurner Zeitung
- St. Galler Tagblatt
- Thurgauer Zeitung
- Urner Zeitung
- Walliser Bote
- Wiler Zeitung
- Werdenberger & Obertoggenburger
- Zofinger Tagblatt

# Spitäler stellen sich gegen die Pflege-Initiative

 Medinside | H+ | 06.10.2021

Die Schweizer Spitäler weibeln für den Gegenvorschlag zur Pflege-Initiative. Und zwar mit dem Argument, die Initiative ändere zu wenig.

Die Pflegeinitiative verzögere die Behebung des Fachkräftemangels: Aus diesem Grund wirbt der Spitalverband Hplus für ein Nein. Würde die Initiative angenommen, drohe «ein jahrlanger Prozess mit ungewissem Ausgang». Der Bundesrat müsste eine Botschaft erarbeiten, und die Beratungen im Parlament würden wieder bei null beginnen.

## Ist der Gegenvorschlag besser als nichts?

Die Spitäler schlagen dafür umso beherzter eine Bresche für den indirekten Gegenvorschlag, dem das Parlament im März zugestimmt hat. Hplus bezeichnet ihn als «sofortige, substanzielle und verbindliche Alternative, um dem drohenden Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen.»

Der indirekte Gegenvorschlag sei sofort umsetzbar. Bereits ab nächstem Jahr gebe es dann Ausbildungsbeiträge und mehr Kompetenzen für das Pflegefachpersonals.

## Initianten trauen Gegenvorschlag nicht

Dieser indirekte Gegenvorschlag befriedigt allerdings die Urheber der Pflege-Initiative nicht. Sie bemängeln: Bundesbeiträge für die Pflege-Ausbildung gibt es nur dann, wenn die Kantonsparlamente die gleiche Summe beitragen. «In allen Kantonen, die das Budget einmalig oder jährlich wiederkehrend ablehnen, bleibt das Bundesgesetz toter Buchstabe», sagt Yvonne Ribi, die Geschäftsführerin des Pflegefachverbands SBK-ASI und Mitglied des Initiativkomitees, in einer Mitteilung.

Auch in anderen Punkten geht dem Initiativkomitee der indirekte Gegenvorschlag zu wenig weit. Es fehlen Vorschriften für bessere Arbeitsbedingungen: Etwa die frühzeitige und verbindliche Bekanntgabe der Dienstpläne, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, familienfreundliche Strukturen und Möglichkeiten zu Lohnerhöhungen. Ausserdem wollen die Initianten maximale Patientenzahlen pro Pflegefachpersonen festlegen.

## Spitäler regeln lieber kantonal oder verbandsintern

Die Spitäler ihrerseits finden, dass solche Forderungen nicht mit gesamtschweizerischen Vorschriften erfüllt werden können. «Sie sind auf kantonaler Ebene und im bewährten sozialpartnerschaftlichen Dialog anzugehen», schreiben die Verbände der Spitäler, der Langzeitpflege-Institutionen (Senesuisse) und der privaten Spitexorganisationen (ASPS) in einer gemeinsamen Mitteilung.

### **Initiative und Gegenvorschlag in Kürze:**

Der Gegenvorschlag sieht vor:

- **Ausbildungsoffensive:** Der Bund spricht Ausbildungsbeiträge von einer Milliarde Franken über acht Jahre.
- **Neue Kompetenzen:** Pflegefachleute dürfen bestimmte Pflegeleistungen ohne ärztlichen Auftrag erbringen und selbstständig abrechnen.

Die Initiative sieht zusätzlich vor:

- **Pflegefachleute im Beruf halten:** Mit besseren und familienverträglichen Arbeitsbedingungen.
- **Sicherung der Pflegequalität:** Mehr Personal pro Schicht.

# La campagne pour des soins infirmiers forts est lancée

La situation du personnel infirmier est intenable et doit être améliorée. Le comité en faveur de l'initiative sur les soins infirmiers a lancé sa campagne placée sous le slogan "applaudir ne suffit pas".



Medienecho | 06.10.2021

---

## La campagne pour des soins infirmiers forts est lancée



heidi.news | 06.10.2021

---

## Soignants à soigner



La Liberté | 07.10.2021

---

## La campagne en faveur de l'initiative pour les soins infirmiers est lancée en vue des votations du 28 novembre



RTS 1 | 06.10.2021

---

# La campagne pour des soins infirmiers forts est lancée

 heidi.news | 06.10.2021**Adriana Stimoli**

«Applaudir ne suffit pas». Voilà le slogan de la campagne lancée ce mercredi en faveur de [l'initiative «Pour des soins infirmiers forts»](#). Le texte est porté par l'Association suisse des infirmières et infirmiers (ASI), qui demande plus d'investissements dans la formation, un renforcement des compétences et de meilleures conditions de travail pour les soignants. Le Conseil fédéral lui oppose un contre-projet indirect. Le peuple suisse aura à trancher le 28 novembre prochain.

## Pourquoi on en parle

Du côté de Berne et des initiants, le même constat est partagé: la Suisse risque une pénurie de personnel soignant. A l'horizon 2030, le pays pourrait manquer de 65 000 soignants, suggère le rapport 2016 de l'organisation faîtière du monde du travail en santé ([OdASanté](#)).

Les difficiles conditions de travail des infirmiers sont aussi dans le viseur des initiants. Dans [un communiqué](#) publié aujourd'hui, le Comité d'initiative détaille la situation:

«Plus de 11'000 postes dans les soins ne sont pas pourvus, dont 6200 concernent les infirmières et infirmiers. Il en résulte que les soignants n'ont plus le temps de fournir les soins de manière sûre et humaine.»

Liridona Dizdari est infirmière diplômée et cheffe de service en réadaptation. Dans le communiqué de ce jour, elle fait part d'un constat alarmant:

«Nous ne pouvons pas fournir des soins comme on nous l'a appris. Des erreurs se produisent alors qu'elles pourraient être évitées si nous avions suffisamment de temps pour les patients.»

## L'initiative populaire

Déposé en 2017, le texte de l'initiative adresse plusieurs demandes à la Confédération et aux cantons, dont:

- Une reconnaissance des soins infirmiers comme une composante clé des soins.
- Un accès pour tous à des soins de qualité.
- La garantie d'un nombre suffisant d'infirmiers et infirmières diplômé, surtout pour couvrir des besoins de personnel à la hausse.
- Une rémunération du personnel à la hauteur son degré de formation et ses compétences.

## Le contre-projet

En mars 2021, le parlement a reconnu la situation de pénurie en infirmiers et a adopté [un contre-projet](#). Pour les initiants, ce n'est pas suffisant: la mesure centrale du contre-projet ne s'axe que sur la formation et non sur les conditions de travail en général. «Seule l'initiative sur les soins infirmiers peut réellement remédier à la pénurie infirmière et garantir la qualité des soins», affirme le Comité d'initiative.

## Place au vote

Ce sera donc au peuple suisse de trancher le 28 novembre prochain. Pour rappel, le «Oui» à l'initiative inscrirait le texte dans la constitution helvétique. A contrario, et parce qu'il est de nature indirecte, un «Oui» au contre-projet viendrait ancrer le texte dans la loi – et non à un niveau constitutionnel.

# Soignants à soigner

 La Liberté | 07.10.2021

## Philippe Castella

Initiative - Vous les avez applaudis l'an dernier chaque soir depuis votre balcon durant la période de confinement. Ils vous le rappellent aujourd'hui en menant campagne derrière le slogan «Applaudir ne suffit pas». Les infirmières et infirmiers vous invitent à voter oui à leur initiative populaire le 28 novembre. Celle-ci vise principalement à améliorer l'offre de formation ainsi qu'à revaloriser les salaires et conditions de travail du personnel soignant.

Hier à Berne, ses partisans ont lancé la campagne qui s'annonce émotionnelle dans un contexte de crise sanitaire qui perdure. La pandémie n'a fait toutefois qu'aiguiser les problèmes de personnel dans ce secteur et renforcer l'arsenal d'arguments des partisans. Mais l'initiative «Pour des soins infirmiers forts» est bien antérieure au Covid-19 puisqu'elle avait été lancée en 2017.

## Aide financière

Le Conseil fédéral l'a rejetée assez froidement, mais le parlement a décidé de lui opposer un contre-projet indirect. Celui-ci consiste avant tout en une offensive dans le domaine de la formation. Près d'un milliard de francs (938 millions), selon une répartition moitié-moitié entre Confédération et cantons, sera injecté ces huit prochaines années pour promouvoir la formation du personnel soignant.

Les étudiants infirmiers pourront recevoir une aide financière. Les hôpitaux, homes et soins à domicile bénéficieront de contributions pour leur travail de formation pratique. Et les hautes écoles toucheront des subventions pour accroître leurs places de formation.

Une autre revendication de l'initiative est reprise dans le contre-projet. Le personnel infirmier pourra facturer directement certaines prestations à l'assurance-maladie sans plus passer par un médecin.

## Points essentiels écartés

En revanche, le contre-projet écarte deux autres points essentiels de l'initiative. Le parlement n'a pas voulu donner de compétences à la Confédération en matière de rémunération et de conditions de travail du personnel soignant.

Cela a justifié aux yeux de ses partisans le maintien de l'initiative. «Il ne suffit pas de former davantage de soignants», avance Marina Carobbio Guscetti (ps, TI). «Il faut également veiller à ce qu'ils restent plus longtemps dans la profession. Et la sénatrice tessinoise de rappeler ces chiffres pour le moins inquiétants: «Plus de 40% du personnel infirmier quitte la profession prématurément. Et environ un tiers la quitte peu après la fin de leur formation, c'est-à-dire entre 20 et 24 ans.» Pour la socialiste, il faut donc impérativement améliorer les conditions de travail.

## «La pénurie de soignants est déjà une réalité depuis longtemps» - Sophie Ley, Présidente de l'Association suisse des infirmières et infirmiers (ASI)

Présidente de l'Association suisse des infirmières et infirmiers (ASI), Sophie Ley rappelle de son côté: «La pénurie de personnel soignant n'est pas une menace. Elle est déjà une réalité depuis longtemps.» Actuellement, près de 12 000 postes sont vacants en Suisse dans les soins. Et la majorité d'entre eux (6300 postes) concerne le personnel infirmier. Conséquence: «Les soignants sont au bord de l'épuisement depuis trop longtemps. Beaucoup trop sont éreintés et quittent la profession parce qu'ils ne voient aucune perspective d'amélioration.» Un phénomène que le Covid n'a fait qu'accentuer.

Le centriste Christian Lohr a rejoint ce combat: «Selon un sondage réalisé en 2018, un quart des soignants interrogés reconnaissent que, parfois ou souvent, le temps leur manquait pour effectuer les soins du corps, de la bouche et des dents», souligne le conseiller national thurgovien. «Quand manque le temps pour l'hygiène, celui pour les contacts humains manque aussi.»

Infirmière clinicienne en oncologie «venue d'Ecosse il y a trente ans», Gillian Harkness témoigne de la frustration que le manque de personnel entraîne: «Notre profession va bien au-delà d'administrer des médicaments ou de faire des pansements. Il en va aussi et surtout des relations avec les patients et leur entourage.»

## Soutien des médecins

Et d'émettre une idée originale en matière de conciliation entre vie professionnelle et vie familiale: «Il faudrait offrir aux jeunes parents des temps partiels sans travail de nuit. Cela permettra d'éviter de perdre un bon nombre de professionnelles formées, compétentes et expérimentées.»

Outre celui des infirmiers (ASI), l'initiative bénéficie du soutien des médecins (FMH) ainsi que de celui du Conseil suisse des aînés. Sur le plan politique, elle divise la gauche, qui lui est favorable, et la droite, qui lui préfère le contre-projet. A noter que Le Centre a opté pour la liberté de vote en assemblée des délégués, même si ces élus ont majoritairement rejeté l'initiative. Alors que la campagne des partisans a été lancée hier, le front des opposants se fait encore bien discret jusqu'ici.



Applaudir les soignants à sa fenêtre – cela était le cas lors de la première vague – ne suffit pas, fait valoir le comité d'initiative. - Keystone-archives



# «L'initiative entraîne une hausse des primes»

Seitenzahl  
3

Seitenzahl  
Interview

Philippe Nantermod le reconnaît: ce n'est pas un combat très populaire, mais il mènera campagne contre l'initiative sur les soins infirmiers, parce que ce n'est pas à la Confédération de revaloriser les salaires du personnel soignant et que cela entraînerait une hausse des primes maladie.

*Ça ne va pas être facile de faire campagne contre des soignants qu'on a applaudis sur nos balcons l'an dernier!*

**Philippe Nantermod:** L'émotion n'est pas de notre côté, c'est vrai. Mais on doit quand même faire une campagne raisonnable en se basant sur les faits. Et ceux-ci montrent que l'initiative populaire est réalisée pour l'essentiel avec le contre-projet qu'on a mis sous toit. Si on rejette l'initiative, on ira beaucoup plus vite dans la mise en œuvre de ce qu'elle demande, à l'exception des points qui ne relèvent pas de la compétence de la Confédération. Peut-être que le cœur voudrait voter oui à l'initiative, mais la raison doit nous pousser à la refuser.

*En quoi cette initiative va-t-elle trop loin?*

Le principal problème, c'est qu'elle exige des choses qui ne relèvent pas du tout de la compétence de la Confédération. Quand on lui demande d'assurer une revalorisation des conditions de travail des infirmiers, c'est à croire qu'on a oublié que la Confédération n'en emploie pas. Elle n'est pas propriétaire des hôpitaux ni responsable de la planification hospitalière. Ce sont les cantons, les communes ou des privés qui sont propriétaires des hôpitaux. Et d'une manière générale en Suisse, ce n'est pas la Confédération qui fixe les salaires. Si on fait aujourd'hui une exception pour les infirmiers, c'est la porte ouverte à ce que chaque profession qui s'estime à tort ou à raison injustement traitée puisse demander la même chose.

*Le manque de personnel soignant n'est-il pourtant pas un problème national?*

D'accord, mais on manque aussi d'informaticiens par exemple. Ce n'est pas parce qu'un problème concerne tout le monde que la Confédération est forcément la bonne autorité pour y répondre. Le combat pour la revalorisation des salaires doit être mené au niveau des cantons et il va dépendre aussi de la loi de l'offre et de la demande. Lorsque les gens fuient en masse une profession, il arrive un moment où vous êtes bien obligé d'améliorer les salaires et les conditions de travail.

*Les coûts qu'entraînerait cette initiative vous dérangent aussi, non?*

Si on parle d'une revalorisation massive des salaires de tous les gens qui travaillent à la charge de l'assurance obligatoire, il faut voir qu'on le paiera avec les primes. C'est le meilleur moyen de laisser les coûts de la santé nous échapper complètement que de commencer à agir sur les dépenses sans regarder qui les paie. Et de ce point de vue là, cette initiative pourrait être très dangereuse.

*Le contre-projet mise avant tout sur la formation. Mais le principal problème, c'est de retenir le personnel formé au sein de la profession, disent les initiants...*

Je trouve cet argument un peu malhonnête parce que durant les débats parlementaires, ils ont beaucoup insisté sur la formation et ont obtenu ce qu'ils souhaitaient. Et maintenant, ils regardent cela avec un peu de mépris. Nous allons quand même injecter un milliard de plus ces dix prochaines années pour la formation. C'est une offensive marquée dans

un domaine particulier qui va nous permettre de former 35 000 infirmiers de plus.

A côté de cela, la possibilité sera donnée aux partenaires tarifaires de se mettre d'accord pour que les infirmiers puissent directement prescrire des soins à charge de l'assurance obligatoire. C'est aussi une valorisation du personnel soignant. **PHC**



Philippe Nantermod (plr, VS)

#### Gleichentags erschienen in

- Le Nouvelliste
- La Côte

# La campagne en faveur de l'initiative pour les soins infirmiers est lancée en vue des votations du 28 novembre

 [RTS 1](#) | 06.10.2021

La situation du personnel infirmier est intenable et doit être améliorée. Le comité en faveur de l'initiative sur les soins infirmiers a lancé sa campagne placée sous le slogan "applaudir ne suffit pas".

Plus de 11'000 postes dans les soins ne sont pas pourvus, dont 6200 concernent les infirmières et les infirmiers. Il en résulte que les soignants n'ont plus le temps de fournir les soins de manière sûre et humaine. Ils sont épuisés et quittent trop souvent la profession après quelques années seulement, relève le comité "oui à l'initiative sur les soins infirmiers".

Des erreurs se produisent alors qu'elles peuvent être évitées si nous avons assez de temps, souligne Liridona Dirdari, infirmière diplômée et cheffe de service en réadaptation. Cette situation est devenue permanente, critique le comité. Et le Covid-19 a encore augmenté la charge de travail.

10:00

 [Commencer la vidéo, durée: 01:58](#)

## La campagne en faveur de l'initiative sur les soins infirmiers a officiellement démarré mercredi.

Datum  
07.10.2021

Sendung  
Le 19h30

Dauer  
Startzeit

[Commencer la vidéo, durée: 02:01](#)